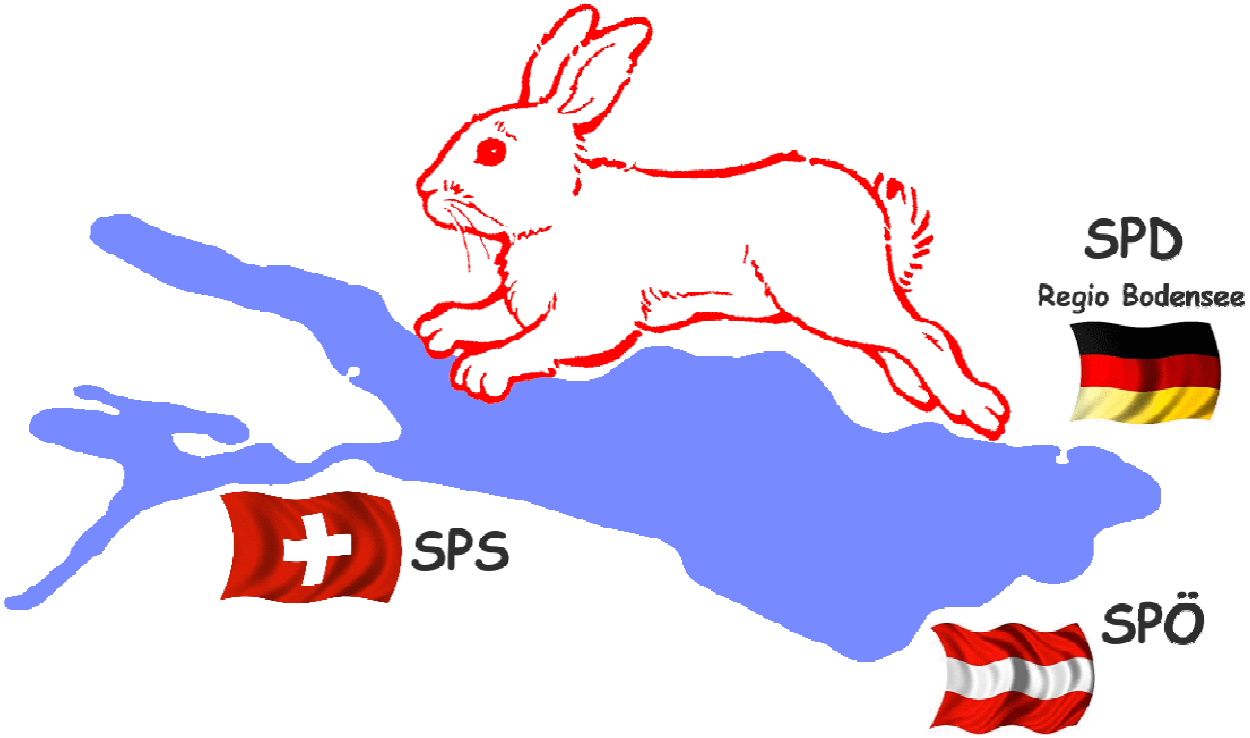
# „Der Rote Seehas“

Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion




Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org **Ausgabe: 153** **23.07.2014**

# EDITORIAL

Der Rote Seehas präsentiert sich in dieser Ausgabe probeweise in einem neuen Outfit: der Hase steht nicht mehr einfach da, er ist in Bewegung. Die Flaggen der Länder flattern im Wind. Das Querformat lässt mehr Text ohne Scrollen erfassen. Das Problem mit den Bildgrößen und dem Erkennen von Personen in Gruppen ist durch größere Spaltenbreite gemildert. Ein Dank an Hans-Peter Sieger für seine Anregungen. Rückmeldungen dazu nehmen wir gerne entgegen.

Die Europawahl 2014 ist vorüber. Erwartungsgemäß haben die „Euroskeptiker teilweise gewaltig zugelegt, besonders im United Kingdom und in Frankreich. Die Sozialdemokraten unterlagen gegenüber dem konservativen Lager. Martin Schulz ist immerhin für die nächsten 2 ½ Jahre auf seinem alten Posten. Die Entscheidung ist für Junckers gefallen, trotz des Widerstandes aus dem UK. Nun muss die Zukunft zeigen wie die Reise weitergeht.

Im Nahen Osten scheint sich die Welt in ein Tollhaus zu verwandeln. Keine Macht auf dieser Erde scheint im Augenblick fähig zu sein, die Spirale von Hass und Tod aufzuhalten. Die Israelische Führung scheint mit der Raketen-Schiessenden Hamas unter allen Umständen „aufräumen“ zu wollen. Die Hamas ignoriert die Unwirksamkeit ihrer Raketen gegen den Iron Dome der Israeli und setzt auf die Märtyrerkarte der Bevölkerung. Dass Hass nur neuen Hass gebiert, scheint beiden Seiten (ich meine die Verantwortlichen) völlig gleichgültig zu sein.

Ich glaube nicht, dass uns Schuldzuweisungen, Verschwörungstheorien oder antisemitische bzw. antipalästinensische Ausfälligkeiten auch nur einen Schritt dem einzig verbleibenden Ziel, nämlich dem Ende dieser Spirale aus Hass, Tod und Rache näher bringt.

Wann können sich die Regierenden entschließen zu handeln, statt vom Recht der Betroffenen zu Selbstverteidigung oder der Selbstbestimmung oder gar zur Rache zu reden? Regieren heißt eben auch, Entscheidungen zu treffen, die unbequem sein können für den Augenblick, die jedoch auf Dauer schädliche Entwicklungen verhindern können.

Dieses Handeln der Verantwortlichen ist in einem demokratischen Staat doch leichter in verantwortungsbewusstem Rahmen möglich als in einer Autokratie. Putin und sein Beraterkreis können zwar schneller Handeln als die etwas schwerfällig entscheidenden Demokratien. Was als Vorteil erscheint, kann sich auf Dauer negativ auswirken, da der Wertekatalog nicht besonders viele positive Posten aufweist. Putin muss diese Erfahrung jetzt erleben. Die Geister, die er rief, sind Ungeister.

Im eigenen Land täte uns respektvoller Umgang mit dem politischen „Gegner“ auch ganz gut. Wo liegt der Nutzen oder auch nur der Sinn von Kampagnen, die nur darauf abzielen, die andere Seite schlecht zu machen – in der Hoffnung, die Wählerschaft werde es schon honorieren und das persönliche Geschrei könne Selbstwertgefühl und Ansehen stärken.

Die Bildungsdebatte, der Streit um Schulen, um Spenden für Stallwächterparties werden oft so scheinheilig, unehrlich, dafür umso verbissener geführt. Wir haben doch genug Sorgen. Vertreiben wir die doch nicht mit Unfug (Fug = Sitte, Brauch), also Unsinn die Zeit.

Es grüßt Sie die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König Willi Bernhard

# Inhaltsverzeichnis

Seite


- Editorial - EU: „Ein guter Tag für die Sozialdemokratie“ - „Gläserne Decke für Frauen zum Einsturz bringen“ 2, 4-5
- "Wählerwille akzeptiert, Spitzenkandidaten-Prinzip etabliert, Demokratie gestärkt" - „Der EP-Präsident, der sich traut“ 5-6
- Peter SIMON zum stv. Vorsitzenden des EP-Wirtschafts- und Währungsausschusses gewählt - Bernd Lucke scheitert 7
- „Soziales Europa ist Herzensangelegenheit“ - „Meilenstein für die Demokratisierung der EU“ - "Der Präsident, der nicht aus dem Hinterzimmer kam" "Kein Kuhhandel auf dem Rücken risikoarmer Banken" 7-9
- Deutschland: SPD Baden-Württemberg: „Ein baden-württembergisches „Gastwirtschaftswunder“ - Verhandlungen zu TTIP 9-11
- INFORMATION zur Bundesratssitzung am 11. Juli 2014 11-12
- Euregio Bodensee: Ausbau- und Elektrifizierungs-Offensive am Bodensee 12-14
- Südwürttemberg -Region Bodensee-Oberschwaben: "Dobrindt legt Axt an“ - SPD-Abgeordnete diskutieren Mindestlohn mit Obstbauern aus der Bodensee-Region - Kommunalwahlen sind keine Allerweltswahlen 14-15
- SPD-Bodenseekreis: SPD Bodenseekreis ist gegen Gas-Fracking – überall und egal ob mit oder ohne Chemie! – Ist Europa in der Krise? 16-17
- In Gedenken an Karl Waldvogel - Klaus Käppeler MdL bei der SPD-Kreiskonferenz am Bodensee 17-19
- Eine Satzungsdiskussion bei der SPD Bodenseekreis - Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum 19-21
- SPD KV BC und Martin Gerster: Franz Lemli neuer Fraktionschef - Martin Gerster wieder Mitglied in der BpB - „Erfolgreiches Instrument des Dialogs“ - „Generation Grenzenlos – Welche Chancen eröffnet uns Europa?“ 21-24
- Gerster trifft Reisegruppe des ZfP-Bad Schussenried - Martin Gerster begrüßt Ausbau der Bundesförderung für Mehrgenerationenhäuser 25-26
- Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter besucht Liebherr Ochsenhausen - MdB Gerster gratuliert Biberachs Landrat Dr. Heiko Schmid zur Wiederwahl - Online- Umfrage zur Zukunft der Jugendarbeit im Landkreis Biberach - „Die Zukunft der Jugendarbeit im ländlichen Raum“ - THW –Helfer Biberach ausgezeichnet - Flutmedaille des Bundes – THW-Helfer aus Riedlingen ausgezeichnet 25-31
- SPD Ulm, Alb-Donau Kreis, MdB Hilde Mattheis: Mindestlohn muss für alle gelten! - Mattheis zuversichtlich über Bundesmittel für Straßenbahn - Mehrgenerationenhäuser in Langenau, Ulm gerettet – Sommertour statt Sommerpause - Rote Karte für schlechte Zahlungsmoral 31-33
- SBI: SPÖ Österreich: ÖVP steht bei der Kinderbetreuung voll auf der Bremse - Ausgleichszahlungen von bis zu 80.000 Euro pro Jahr für einen Primar - Krankenhausbedienstete zahlen die Zeche für die Ignoranz der ÖVP - KHBG-Geschäftsführer Fleisch ist zu keiner Selbstkritik fähig und damit Teil des Problems - Pflegende Angehörige brauchen die gesicherte Hilfe der öffentlichen Hand 33-36
- Den Siegern winken 7.000 Euro! - SP Schweiz: - SP Kanton SG: 36-37
- Eine zentrale Weichenstellung für die Ostschweiz - Was tut der Kanton? 37-39
- SP Kanton AI: Für Freiheit und Sicherheit - Nein zum Schnüffelstaat - Probleme bei Kritik weiterhin ungelöst 39-40
Parteitag 2014 vom 23. August 2014 40-42
- DL21: Europäische Bürgerinitiative zu TTIP und CETA 42-43
- Vorankündigung: Integration 43
- SPD-Handbuch Öffentlichkeitsarbeit in neuer Auflage - CDU diffamiert den Wirtschaftsstandort Oberschwaben 44
- Impressum 45

# Europa

**Fraktion der Progressiven Allianz der**
**Sozialdemokraten**
**im Europäischen Parlament**

## „Ein guter Tag für die Sozialdemokratie“

### Hohenloher Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt erneut ins Europaparlament gewählt / Starkes Ergebnis für die SPD

„Ein guter Tag für die SPD und die europäische Sozialdemokratie“, so die Reaktion der Hohenloher Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt auf die Ergebnisse der Europawahl am 25. Mai. Die SPD hat in Baden- Württemberg um 4,9 Prozentpunkte auf 23 Prozent und deutschlandweit um 6,5 Prozentpunkte auf 27,3 Prozent zugelegt. 27 deutsche Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen (bisher 23) ziehen ins Europäische Parlament ein, darunter auch Evelyne Gebhardt, die der Volksvertretung bereits seit 1994 angehört.

„Es freut mich sehr, fünf weitere Jahre auf europäischer Ebene für die Bürger und Bürgerinnen arbeiten zu dürfen. Diese Aufgabe werde ich mit ganzer Kraft und voller Leidenschaft wahrnehmen“, so die Spitzenkandidatin der Südwest- SPD. Positiv bewertet die gebürtige Französin die gestiegene Wahlbeteiligung: „Das Interesse an Europapolitik ist gewachsen und das gibt der europäischen Demokratie Rückenwind“. Als großen Wermutstropfen empfindet Evelyne Gebhardt dagegen das Erstarken europakritischer, rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in Europa. Dass ein Kandidat der NPD ins Europaparlament einziehe, schmerze sie besonders.

Gleichwohl ist sich die Abgeordnete sicher, dass sich diese antieuropäischen Kräfte, zu denen sie auch die AfD zählt, selbst entzaubern werden, denn „außer schlichten Parolen haben sie nichts zu bieten“.

Ein großes Dankeschön richtet die Hohenloherin an alle ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen, die sie tatkräftig im Wahlkampf unterstützt haben. Diesen widmet sie auch ihr diesjähriges Europafest, das am 12. Juli rund um ihr Büro in Künzelsau stattfindet.

**26.06.2012 Text und Bild aus:** **Europa Aktuell Nr. 6 2014**
**info@evelyne-gebhardt.eu**

# „Gläserne Decke für Frauen zum Einsturz bringen“

## Evelyne Gebhardt als stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) wiedergewählt

„Was für ein toller Vertrauensbeweis, ich bin überglücklich!“, freut sich Evelyne Gebhardt über ihr Ergebnis bei der Wahl zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF). Mit 97,5 Prozent erhielt sie bei der Bundeskonferenz der SPD-Frauen, die am vergangenen Wochenende in Karlsruhe stattfand, das beste Ergebnis aller Vorstandsmitglieder.

Die Hohenloher Europaabgeordnete betrachtet dieses Traumergebnis als Ansporn, sich weiter mit ganzer Kraft für die Gleichstellung von Frauen und Männern und gegen Diskriminierung jeglicher Art einzusetzen. Trotz vieler Fortschritte in den letzten Jahrzehnten sei man noch lange nicht am Ziel. „Frauen stoßen auf dem Weg nach oben nach wie vor zu oft an eine gläserne Decke. Wir müssen alles dafür tun, diese Decke endlich zum Einsturz zu bringen, damit Frauen in unserer Gesellschaft, in Wirtschaft und Politik den Platz bekommen, der ihnen zusteht.“

Die Deutsch-Französin Evelyne Gebhardt übt das Amt der stellvertretenden ASF-Bundesvorsitzenden bereits seit 1992 aus. Ein wichtiges Anliegen ist ihr, dass Frauen auch innerhalb der SPD eine stärkere Rolle einnehmen. „Die SPD ist die progressive Kraft für mehr Gleichstellung und gegen Diskriminierung in unserer Gesellschaft. Das nimmt man uns aber nicht ab, wenn hauptsächlich Männer die wichtigsten Posten bekleiden. Die SPD muss weiblicher wer-den“, macht die Europapolitikerin deutlich.

Ihre erneute Wahl versteht sie überdies als Beleg dafür, dass Europa für die SPD-Frauen eine Herzensangelegenheit sei. Dies habe sie auch an der großen Unterstützung, die ihr die ASF im zurückliegenden Europawahlkampf entgegengebracht habe, gespürt, so Evelyne Gebhardt abschließend.

**26.06.2012 aus:** **Europa Aktuell Nr. 6 2014**

**Peter SIMON:**

# "Wählerwille akzeptiert, Spitzenkandidaten-Prinzip etabliert, Demokratie gestärkt"

## Jean-Claude Juncker auf EU-Gipfel als Kommissionschef nominiert

Der SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** zur Entscheidung der Europäischen Staats- und Regierungschefs, Jean-Claude Juncker als Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten zu nominieren: "Das Modell der Spitzenkandidaten bei der Europawahl hat frischen Wind in die Hinterzimmer der europäischen Staats- und Regierungschefs gebracht. Wie in der Vergangenheit einfach auf Durchzug zu schalten, hat diesmal nicht mehr funktioniert. Der Wählerwille wurde letztendlich akzeptiert, das Spitzenkandidaten-Prinzip etabliert und damit die Demokratie auf europäischer Ebene nachhaltig gestärkt".

"Unsere Unterstützung für Jean-Claude Juncker ist kein Freifahrtschein, sondern an inhaltliche Forderungen für einen Richtungswechsel geknüpft. Ein Einfach-weiter-so wird es mit uns nicht geben. Wir wollen die klare Zusage, dass Investitionen und langfristiges Wachstum in Europa auch wirklich gefördert werden".

"Die Länder, welche die Wirtschaftskrise immer noch voll im Griff hat und die sich zu deren Bekämpfung auf den Weg gemacht haben, innerstaatliche Reformen durchzuführen, müssen hierfür auch die notwendige Zeit bekommen. Damit es klar ist: Hier geht es nicht um die Aufweichung des Wachstums- und Stabilitätspakts, sondern darum die vorhandenen Möglichkeiten zur Wachstumsförderung besser zu nutzen. Die Devise lautet 'Flexibilität für Reformen'. Dafür stehen wir Sozialdemokraten und dafür steht wie kein anderer auch der zukünftige Parlamentspräsident Martin Schulz“.

"Nachdem wir Sozialdemokraten dafür gesorgt haben, dass die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission aus den Hinterzimmern in die Öffentlichkeit verlagert und dem Wählerwillen dann auch Rechnung

getragen wurde, geht es jetzt darum, unser Programm für einen Wandel in Europa in die Tat umzusetzen".

**Brüssel, 27.06.2014** **Für weitere Informationen: Büro Peter Simon, MdEP**

**Martin Schulz mit Peter Simon** **Bildquelle: EU 2014**

**Peter SIMON:**

## „Der EP-Präsident, der sich traut“

### Martin Schulz erneut zum Präsidenten des Europaparlaments gewählt

Der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter Simon** zur heutigen Wiederwahl von Martin Schulz zum Präsidenten des Europäischen Parlaments:

„Mit Martin Schulz steht erneut genau der Richtige an der Spitze des Europäischen Parlaments. Wie kein anderer hat er es in den letzten Jahren gegen den Widerstand der Staats- und Regierungschefs verstanden, dem Europäischen Parlament den Stellenwert zu erkämpfen, der ihm nach dem Vertrag von Lissabon als die Volksvertretung aller Bürgerinnen und Bürger auch zusteht.“

„Als EP-Präsident steht er für ein Europa, das gestaltet und nicht nur verwaltet."

**Straßburg, 01.07.2014** **Weitere Informationen: Büro Peter Simon, MdEP**

**v. r. n. l: Peter Simon, stellv. Vorsitzender, Roberto Gualtieri, Ausschussvorsitzender, Markus Ferber, stellv. Vorsitzender**

# Peter SIMON zum stv. Vorsitzenden des EP-Wirtschafts- und Währungsausschusses gewählt Bernd Lucke scheitert

Großer Erfolg und Ehre für den baden-württembergischen SPD-Europaabgeordneten **Peter SIMON**. Auf der heutigen konstituierenden Sitzung des Wirtschafts- und Währungsausschusses des Europäischen Parlaments wurde der Finanzexperte zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. „Mein Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen für Ihr Vertrauen", freut sich **Peter SIMON** über die neue Funktion. In derselben Sitzung hat sich in geheimer Abstimmung eine deutliche Mehrheit der Abgeordneten gegen AfD-Chef Bernd Lucke als weiteren Vizevorsitzenden ausgesprochen.

Auch seine Arbeit im Regionalentwicklungsausschuss wird **Peter SIMON** fortsetzen. „Nachdem wir in den neuen Verordnungen für EU-Fördermittel ideale Rahmenbedingungen für so innovationsorientierte und wissensbasierte Regionen wie unser Ländle geschaffen haben, geht es jetzt um die Feinjustierung. Was sich in der Praxis nicht bewährt, muss nachgebessert werden“, fordert **Peter SIMON**.

„Gerade die Kombination aus Wirtschafts- und Regionalentwicklungsausschuss mit vielen Schnittstellen zu kommunalrelevanten Bereichen ermöglicht mir, bei diesen Themen weiterhin von der ersten Reihe aus zu agieren", so **Peter SIMON** abschließend.

**Brüssel, 07.07.2014**

**Weitere Informationen:**
**Büro Peter Simon, MdEP**

**<u>Evelyne Gebhardt</u>:**

## „Soziales Europa ist Herzensangelegenheit“

### SPD-Abgeordnete Gebhardt erneut zur Sprecherin gewählt

Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments haben **Evelyne Gebhardt** am Dienstag in Brüssel wieder zu ihrer Fraktionssprecherin gewählt. „Dies ist ein großer Vertrauensbeweis und das freut mich sehr. Damit trage ich weiterhin die Verantwortung für die soziale Ausgestaltung der europäischen Politik im Bereich Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Ich nehme die Herausforderung, dem europäischen Binnenmarkt ein soziales Gesicht zu geben, gerne an“, so die baden-württembergische SPD-Abgeordnete.

**Künzelsau, den 8. Juli 2014**

**Büro Evelyne Gebhardt**

**<u>Evelyne Gebhardt</u>:**

## „Meilenstein für die Demokratisierung der EU“

### SPD-Abgeordnete begrüßt Wahl Jean-Claude Junckers zum Präsidenten der Europäischen Kommission

Mit großer Mehrheit wählte das Europäische Parlament heute in Straßburg den Luxemburger Jean-Claude Juncker zum Präsidenten der Europäischen Kommission. „Was aussieht wie ein ganz normaler Akt in einer Demokratie, ist ein hart erkämpfter Meilenstein für das Europäische Parlament. Endlich ist die Besetzung des Kommissionspräsidenten nicht mehr länger Ergebnis von Hinterzimmer-Politik der Regierungschefs, sondern Ausdruck des Wählerwillens“, zeigte sich die baden-württembergische SPD-Abgeordnete **Evelyne Gebhardt** im Anschluss an die Wahl in Straßburg erfreut.

Die SPD-Abgeordnete Evelyne Gebhardt wertet die Wahl Junckers als Selbstbehauptung des Parlaments und der Wähler und Wählerinnen gegenüber dem Europäischen Rat. Wochenlang hatten mehrere Staats- und Regierungschefs - darunter zunächst auch Kanzlerin Merkel - versucht, das Wählervotum bei der Wahl des Kommissionspräsidenten zu umgehen. „Jahrzehntelang mussten sich Europas Bürger und Bürgerinnen den Kommissionspräsidenten von den Regierungschefs vorsetzen lassen. Damit ist jetzt Schluss!“, so **Evelyne Gebhardt**.

Der ehemalige luxemburgische Premierminister und Chef der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker war bei den Wahlen zum 8. Europäischen Parlament am 25. Mai Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei. Diese ging als stärkste Fraktion aus den Europawahlen hervor. „Natürlich hätte ich heute

gerne einen Sozialdemokraten zum Kommissionspräsidenten gewählt. Es ist aber eine Frage der Fairness, das Mehrheitsprinzip anzuerkennen“, so **Evelyne Gebhardt**.

Junckers Wahl sei keine reine Formalie, sondern mit einem politischen Auftrag an die neue Kommission verbunden. „Das Parlament hat Herrn Juncker heute keinen Freifahrschein erteilt. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben unsere Zustimmung an klare Bedingungen geknüpft. Wir wollen ein Arbeitsprogramm, das das Spardiktat beendet, Investitionen in Europas Zukunft beinhaltet und die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut in Europa zur Priorität macht“, stellt die SPD-Politikerin klar.

**Straßburg, 15.07.2014** **Evelyne Gebhardt, MdEP**

**Peter SIMON:**

## "Der Präsident, der nicht aus dem Hinterzimmer kam"

### EP wählt Jean-Claude Juncker zum neuen Kommissionspräsidenten

Der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Wirtschafts- und Währungsausschusses **Peter SIMON** zur heutigen Wahl von Jean-Claude Juncker zum Präsidenten der Europäischen Kommission:

„Mit der Wahl von Jean-Claude Juncker zum Kommissionspräsidenten schließt sich der Kreis. Das vom Europäischen Parlament initiierte Spitzenkandidatenmodell wurde gegen erbitterte Widerstände der Staats- und Regierungschefs verteidigt und etabliert. Der Wählerwille hat über die Hinterzimmerkungelei gesiegt."

"Die Zeiten, in denen der Kommissionspräsident unter Ausschluss der Öffentlichkeit bestimmt wird, sind hoffentlich unwiderruflich vorbei. Mehr demokratische Legitimation bei der Wahl eines EU-Kommissionspräsidenten war nie. Der wichtige erste Schritt zur Politisierung der Europäischen Kommission ist damit getan.“

"Nach der Kür kommt jetzt aber die Pflicht. Unsere Unterstützung für Jean-Claude Juncker ist kein Freifahrtschein sondern mit konkreten Forderungen nach einer Neuausrichtung verbunden. Seine heutige Zusage im Plenum, dass Investitionen und langfristiges Wachstum in Europa oberste Priorität auf seiner Agenda haben, muss er nun zeitnah mit Maßnahmen unterlegen. Wir werden ihn an seinen heutigen Worten messen", so **Peter SIMON** abschließend.

**Straßburg, 15.07.2014** **Weitere Informationen: Büro Peter Simon, MdEP**

**Peter SIMON:**

## "Kein Kuhhandel auf dem Rücken risikoarmer Banken"

### EU-Kommissionsvorschlag für Bankenabgabe

Die EU-Kommission hat am Dienstag im Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments erstmals ihren Entwurf zur Berechnung der Beiträge für den europäischen Bankenabwicklungsfonds vorgestellt. Der Fonds soll gewährleisten, dass künftig die Abwicklung von Banken von diesen selbst und nicht mehr von den Steuerzahlern getragen wird.

"Vom Ansatz her gut, aber noch nicht konsequent zu Ende gedacht“, so die erste Einschätzung des SPD-Europaabgeordneten **Peter SIMON**, stellvertretender Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses. „Riskante Geschäftsmodelle und die Systemrelevanz einzelner 'Global-Player‘ werden noch viel zu wenig in Rechnung gestellt. Da muss noch an vielen Stellschrauben kräftig gedreht werden."

"Die Höhe der Beiträge muss sich viel stärker am Risiko und somit auch an deren konkreter Systemrelevanz orientieren. Der Grundsatz muss lauten: Wer riskant wirtschaftet oder den Bankensektor dominiert, der zahlt auch dementsprechend", stellt **Peter SIMON** klar und kritisiert die Lobbyarbeit der Großbanken. "Wer im Fall der Fälle ein ganzes Finanzsystem zum Kollaps bringen kann, der darf sich bei der Bankenabgabe nicht aus der Verantwortung stehlen. Unsere Botschaft an die EU-Kommission ist deshalb un-

missverständlich: Einen Kuhhandel bei der Beitragsberechnung der einzelnen Banken auf dem Rücken risikoarmer Finanzinstitute wird es mit uns nicht geben", betont der SPD-Finanzexperte.

Positiv sei dagegen die geplante Einführung eines niedrigen Pauschalbetrages für kleine Banken. "So müssten beispielsweise fast die Hälfte der über 1.000 Volks- und Raiffeisenbanken in Deutschland, die wie die Sparkassen risikoarm und stabilitätsorientiert wirtschaften, lediglich jährliche Beiträge von maximal 2.500 oder 5.000 Euro zahlen", erläutert **Peter SIMON**. "Und das ist gut so."

**Hintergrund:** Mit der Verabschiedung der Verordnung zur Schaffung des gemeinsamen Bankenabwicklungsmechanismus und Fonds durch das Europäische Parlament im April 2014 hat die Europäische Kommission den Auftrag erhalten, die technischen Details der Beitragssätze zum Fonds zu bestimmen (Level II). Nach dem heute vorgestellten Entwurf sollen kleine Banken mit einer Bilanzsumme bis zu einer Milliarde Euro und einer Bemessungsgrundlage bis zu 300 Millionen Euro lediglich mit einem geringen Pauschalbeitrag zwischen 2.500 und 60.000 Euro belastet werden, während große Banken entsprechend ihres Risiko und Größe zahlen sollen. Die offiziellen Vorschläge der Europäischen Kommission dazu werden im September erwartet. Das Europäische Parlament kann diese innerhalb von drei Monaten nach Veröffentlichung ablehnen.

**Brüssel, 22.07.2014**

**Für weitere Informationen:**
**Abgeordnetenbüro Peter Simon, MdEP**

SPD Deutschland
SPD Baden-Württemberg

Baden-Württemberg
VERTRETUNG DES LANDES
BEIM BUND

## 50 Jahre Stallwächterparty 1964 – 2014:

# Ein baden-württembergisches „Gastwirtschaftswunder“

**Ministerpräsident Kretschmann:**
**Langer Weg vom rustikalen Grillfest in den Rheinauen zum trendigen Berliner Hauptstadtevent**

**Minister Friedrich:**
**Politisches Leben hat sich gewandelt, die Gastfreundschaft ist geblieben**

„Seit 1964 feiert das Land seine legendäre Stallwächterparty. Zum Bonner Wirtschaftswunder gesellte sich noch ein regelrechtes „Gastwirtschaftswunder“. Auf diese 50-jährige Tradition blicken wir mit Stolz zurück“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann im Vorfeld des Sommerfestes der baden-württembergischen Landesvertretung am 10. Juli 2014. „Vom rustikalen Grillfest in den Rheinauen bis zum trendigen Berliner Hauptstadtevent war es ein langer Weg, den wir als Gastgeber gegangen sind“, so der Ministerpräsident.
„Die Anfänge der Stallwächterparty reichen zurück in die Zeit von Beatles, Minirock, Babyboomer, Ludwig Erhard und Wirtschaftswunder. Das politische Leben hat sich seither gewandelt, die Gastfreundschaft ist stets geblieben“, stellte der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten, Peter Friedrich, heraus.

Das Jubiläumsjahr 2014 steht ganz im Zeichen eines baden-württembergischen „Gastwirtschaftswunders“, das Tradition und Moderne verbindet. Für das Jubiläumsfest haben sich rund 1500 Gäste angemeldet.

Ihren Anfang nahm die Stallwächterparty als kleines Grillfest im Jahr 1964 in der Landesvertretung in Bonn. Der damalige Bevollmächtigte des Landes Baden-Württemberg beim Bund, Minister Adalbert Seifriz, lud zwischen 60 bis 80 Gäste zu einem Sommerfest in den Garten der Bonner Vertretung. Der Rahmen war bodenständig, bei Fassbier und Bratwurst, die an langen Stöcken gegrillt wurde.

Der Name "Stallwächterparty" wurde dann in den 1970er Jahren vom damaligen Bevollmächtigten des Landes beim Bund, Minister Eduard Adorno, ins Leben gerufen. Die Stallwächterparty ist gewissermaßen ein Treffen derer, die während der politischen Sommerpause die „Stallwache halten“. Heute bildet die Stallwächterparty das ganze Bundesland in seiner Vielfalt ab. Akteure aus Politik, Medien, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft treffen sich hier mit Berliner Gesprächspartnern.

Die Stallwächterparty wird auch dieses Jahr wieder klimaneutral gestaltet. Zudem wird zu einer Spende für die Arbeit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) in Burundi aufgerufen. Seit nahezu 20 Jahren fördert die SEZ partnerschaftliche Initiativen zwischen Baden-Württemberg und seinem Partnerland im Osten Afrikas.

**04. Juli 2014** **Presse_LV_BW Berlin**

# Verhandlungen zu TTIP:

## Baden-Württemberg Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz fordern mehr Transparenz

**Minister Peter Friedrich:**

## Investitionsschutz unseren Rechtsstandards anpassen; Recht zur Gesetzgebung ist nicht verhandelbar

„Wir wollen vermeiden, dass sich durch die Schiedsgerichte eine Privatisierung der Justiz durch die Hintertür ergibt“, sagte der baden-württembergische Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegen Friedrich am Donnerstag, 10. Juli 2014 in Berlin. Das Land Baden-Württemberg werde gemeinsam mit Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen sowie Rheinland-Pfalz am 11. Juli eine „Entschließung anlässlich des öffentliches Konsultationsverfahrens der Europäischen Kommission über die Modalitäten eines Investitionsschutzabkommens mit Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren im Rahmen der TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA“ (TOP 55) in den Bundesrat einbringen.

„Eine private Paralleljustiz in Form von Schiedsgerichten ist nicht notwendig, wenn sich zwei demokratische Industrienationen auf Augenhöhe begegnen“, stellte der Minister heraus. Der Bundesrat solle sich dafür einsetzen, dass bei Meinungsverschiedenheiten der reguläre - in demokratischen Staaten garantierte - Rechtsweg beschritten wird. Dadurch würden die Öffentlichkeit bei Schiedsstreitigkeiten und die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter garantiert.

Aus Sicht Friedrichs hätten Klagen gegen Deutschland, wie die eines schwedischen Energieunternehmens wegen der Energiewende oder eines amerikanischen Unternehmens gegen Kanada wegen eines Moratoriums über die Ölförderung durch Fracking, die Frage aufgeworfen, ob nationale Gesetzgeber im Geltungsbereich derartiger Investitionsschutzabkommen überhaupt noch frei sind, im öffentlichen Gemeinwohlinteresse regelnd einzugreifen, ohne gleich verklagt zu werden. „Das Recht zur Gesetzgebung ist nicht verhandelbar“, betonte der Minister. Der Investitionsschutz müsse so gestaltet werden, dass auch in Zukunft weiter Gesetze zur Verbesserung bei Arbeitsschutz, Umweltschutz und Sozialstandards auf den Weg gebracht werden können. Um eine deutsche Zustimmung zu erreichen, müsse der Investitionsschutz unseren Rechtsstandards angepasst werden, stellte Friedrich heraus. Man dürfe die europäischen Standards nicht „als Verhandlungsmasse behandeln“.

„Es ist wichtig, während der Verhandlungen zu TTIP die politische Debatte anzustoßen“, stellte Friedrich fest. Die Bundesrats-Entschließung begrüße daher, dass die Europäische Kommission ein öffentliches Konsultationsverfahren über die Modalitäten eines Investitionsschutzabkommens mit Investor - Staat-Schiedsgerichtsverfahren im Rahmen der Verhandlungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA durchgeführt hat. Dies sei ein wichtiger erster Schritt für die Beteiligung von Interessengruppen sowie einer breiteren Öffentlichkeit.

Gleichzeitig betonte Minister Friedrich, der zugleich Vorsitzender des EU-Ausschusses des Bundesrates ist, dass eine endgültige Entscheidung über die

Aufnahme von Regelungen zum Investitionsschutz in ein Abkommen zwischen der EU und den USA erst nach Vorliegen der konkreten Verhandlungsergebnisse getroffen werden könne. Damit sei nicht vor Ende 2015 zu rechnen.

**Hintergrund:**
Bei der Debatte um eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) werden insbesondere die Vorschriften zum Schutz von Investitionen und zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten (Investor-to-State Dispute Settlement – ISDS) scharf kritisiert. Es werden negative Auswirkungen der Schiedsverfahren für demokratische Gesetzgebungsprozesse und staatliche Regulierung befürchtet. Die EU-Kommission hat vor dem Hintergrund dieser Kritik im Januar 2014 die Verhandlungen zu diesem geplanten Teil des Abkommens ausgesetzt und Ende März 2014 ein öffentliches Konsultationsverfahren gestartet. Bis Anfang Juli 2014 können EU-weit interessierte Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Organisationen ihre Position zum Investorenschutz und der Investor-Staat-Streitbeilegung direkt bei der EU-Kommission einbringen.

**10. Juli 2014** **Presse_LV_BW Berlin**

# INFORMATION

## zur Bundesratssitzung am 11. Juli 2014

**Bundesrat stimmt über mehrere wichtige Vorhaben der Bundesregierung ab:**
**Einführung eines Mindestlohns, Reform des EEG, Ausgleichsregelungen für stromintensive Unternehmen, Neuregelungen bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung u. a.**

**Initiativen aus Baden-Württemberg, u. a. zur Finanzierung im Bundesfernstraßenbau sowie zum Transatlantischen Handelsabkommen zwischen der EU und den USA**

**Gesetzesbeschlüsse des Deutschen Bundestages**

Der Bundesrat kommt am Freitag zu seiner letzten Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause zusammen. Auf der Tagesordnung stehen zahlreiche Gesetzesbeschlüsse des Bundestages, viele dieser Gesetze hat der Bundestag erst in der letzten Woche verabschiedet.

Zu den prominentesten Themen zählt das Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie (TOP 44). Mit dem Gesetz wird der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro ab dem 1. Januar 2015 eingeführt. Ausnahmen gelten für Jugendliche unter 18, Auszubildende, Ehrenamtliche, Praktikanten und Langzeitarbeitslose. Es ist davon auszugehen, dass die Länder dem Gesetz mit großer Mehrheit zustimmen.

Von ebenso herausragender Bedeutung ist das Gesetz zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und zur Änderung weiterer Bestimmungen des Energiewirtschaftsrechts (TOP 49). Letzte Änderungen zum Reformpaket wurden an das Gesetz zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr (TOP48) angehängt. Im Zuge der umfangreichen Beratungen zu diesem Gesetzespaket konnten insbesondere an vier Punkten Verbesserungen erzielt werden (z.B. Wind an Land, Offshore-Wind, Grünstromvermarktung, Ausschreibungen), die auch für Baden-Württemberg von großer Bedeutung sind. Auch wenn zahlreiche andere Änderungswünsche der Länder keine Berücksichtigung fanden, ist nicht mit einer Anrufung des Vermittlungsausschusses zu rechnen. Danach würde das Gesetz am Freitag vom Bundesrat gebilligt. NRW regt eine begleitende Entschließung zum Reformpaket an, in der der Kompromiss grundsätzlich begrüßt wird und zudem einige ergänzende Maßnahmen zur Umsetzung des Reformvorhabens vorgeschlagen werden, u. a. ein begleitendes Monitoring. Ferner werden in der Entschließung einige Kritikpunkte dargelegt. Baden-Württemberg wird sich der Empfehlung der Ausschüsse, den Vermittlungsausschuss nicht anzurufen, anschließen. Das Votum zu der Entschließung aus NRW ist noch nicht endabgestimmt.

Umstritten ist nach wie vor das Gesetz zur Einführung einer Länderöffnungsklausel zur Vorgabe von Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und zulässigen Nutzungen (TOP 50). Das bereits im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD festgehaltene Vorhaben, soll den Ländern die

Befugnis einräumen, die bundesgesetzliche Privilegierung der Windenergie durch bis zum 31.12.2015 zu verkündende Landesgesetze einzuschränken. Hierzu liegt der Länderkammer auch eine Empfehlung der Ausschüsse zur Anrufung des Vermittlungsausschusses vor. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, dass die Mehrheit der Länder für eine Anrufung des Vermittlungsausschusses stimmt.

Zu dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (TOP 6) sowie dem Lebensversicherungsreformgesetz (TOP 46) liegen weder Empfehlungen zur Anrufung des Vermittlungsausschusses vor noch ist mit diesbezüglichen Länderanträgen zu rechnen. Insofern werden auch diese Gesetze die Länderkammer am Freitag passieren und nach Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten in Kraft treten.

**Länderinitiativen**

Auf der Tagesordnung der bevorstehenden Bundesratssitzung stehen vier Länderinitiativen, die Baden-Württemberg eingebracht hat bzw. an denen Baden-Württemberg beteiligt ist. Dazu zählt die Entschließung „Verlässliche, planbare und auskömmliche Finanzierung im Bundesfernstraßenbau". Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, mehr Planbarkeit, Verlässlichkeit und Flexibilität im Straßenbauhaushalt sicherzustellen, u. a. durch ein Konzept für eine langfristige und zuverlässige Abwicklung von Infrastrukturprojekten. Bei mehrjährigen Maßnahmen soll generell eine überjährige Verwendung von Investitionsmitteln ermöglicht werden. Staatssekretärin Splett wird die Initiative am Freitag vorstellen. Danach wird die Vorlage zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

Die Ausschussberatungen zur Entschließung zur Umsetzung eines Nationalen Diabetesplans (TOP 9) sind inzwischen abgeschlossen. Im Kern geht es um die Forderung eines Bundespräventionsgesetzes sowie eines Nationalen Diabetesplans. Das Plenum wird am Freitag über das Fassen der Entschließung entscheiden.

Eine weitere von Baden-Württemberg mit eingebrachte Initiative betrifft das Thema Fracking. Die Entschließung zum Umgang mit beabsichtigten Frackingmaßnahmen - Änderung des Bundesbergrechts (TOP 58) spricht sich für die Aufnahme eines Verbotstatbestands für das Fracking zur Aufsuchung und Förderung von Kohlenwasserstoffen aus unkonventionellen Lagerstätten unter Einsatz umwelttoxischer Substanzen in das Bundesbergrecht aus. Diese Entschließung wird am Freitag im Plenum vorgestellt und neben drei anderen Vorlagen aus Niedersachen, die sich auf das Fracking beziehen, zur weiteren gemeinsamen Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

Schließlich war Baden-Württemberg neben Niedersachsen und Hamburg maßgeblich beteiligt an der Erstellung der „Entschließung anlässlich des öffentliches Konsultationsverfahrens der Europäischen Kommission über die Modalitäten eines Investitions Schutzabkommens mit Investor-Staat-Schieds-gerichtsverfahren im Rahmen der TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA“ (TOP 55). In der inzwischen in den Bundesrat eingebrachten Vorlage wird dargelegt, warum Investitionsschutzvorschriften und Streitbeilegungsmechanismen im Verhältnis Investor und Staat zwischen der EU und den USA für verzichtbar erachtet werden. Der Bundesrat soll sich nach dem Willen der antragstellenden Länder dafür einsetzen, dass bei Meinungsverschiedenheiten der reguläre - in demokratischen Staaten garantierte - Rechtsweg beschritten wird. Dadurch würden die Öffentlichkeit bei Schiedsstreitigkeiten und die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter garantiert. Es haben bereits weitere Länder Mitantragstellung signalisiert. Nach der Vorstellung im Plenum soll nach dem Antrag der beteiligten Länder sofort in der Sache entschieden werden.

**10. Juli 2014** **Presse_LV_BW Berlin**

# Euregio Bodensee:

Initiative Bodensee-S-Bahn

**Medienmitteilung vom 3. Juli 2014 zum Bundesverkehrswegeplan (BVWP)**

## Ausbau- und Elektrifizierungs-Offensive am Bodensee

**In der Bodenseeregion ist eine Offensive für den Ausbau und die Elektrifizierung der Eisenbahnlinien notwendig. Die „Initiative Bodensee-S-Bahn“ befürwortet dafür die vorgeschlagenen Vorhaben in der kürzlich veröffentlichten Liste für die Schienen im Bundesverkehrswegeplan (BVWP). Der motorisierte Strassenverkehr mit seinen übermässigen Belastungen gefährdet die Lebensqualität und die Konkurrenzfähigkeit. Deshalb ist er so weit wie möglich auf Bahn und Bus zu verlagern. In der Schweiz und in Vorarlberg ist dieser Prozess erheblich weiter als in Deutschland. Es genügt nicht, nur die Allgäubahn und die Südbahn zu elektrifizieren. Ebenso wichtig sind weitere Bahnlinien im Grossraum Bodensee. Zusätzlich sind die eingleisigen Strecken schrittweise auf Doppelspur auszubauen. Dann kann eine Bahnlinie so viel Verkehr bewältigen wie eine sechsspurige Autobahn.**

Das deutsche Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat kürzlich die Liste der Vorhaben für den neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) für die Schiene veröffentlicht. Die “Initiative Bodensee-S-Bahn“ befürwortet die vorgeschlagenen Vorhaben im Grossraum Bodensee. Hier ist eine Ausbau- und Elektrifizierungs-Offensive notwendig, um die Engpässe zu erweitern und den Dieselbetrieb zu ersetzen.

Staus, Stress, Landverbrauch, Lärm- und Luftbelastungen durch den motorisierten Strassenverkehr gefährden die Lebensqualität und die Konkurrenzfähigkeit in dieser besonders attraktiven und reizvollen Region rund um den Bodensee. In Deutschland haben die kostengünstigen und umweltschonenden Bahnen und Busse erst etwa einen Anteil von etwa 10 Prozent vom Autoverkehr. In der Schweiz und in Vorarlberg sind es 25 und im Kanton Zürich bereits 50 Prozent. Dieser alarmierende Rückstand ist in der deutschen Bodenseeregion mit den vielen, eingleisigen und nicht elektrifizierten Eisenbahnlinien dringend aufzuholen.

**Ausbauten und Elektrifizierungen im Grossraum Bodensee**

Neben den beiden bereits geplanten Elektrifizierungsvorhaben für die Südbahn Ulm – Friedrichshafen – Lindau und für die Bahnlinie (München-) Geltendorf – Buchloe – Memmingen Kißlegg - Hergatz - Lindau ist der schrittweise Ausbau auf Doppelspur und die Elektrifizierung für folgende Bahnlinien in der Bodenseeregion besonders sinnvoll und wichtig:

- Basel – Waldshut – Erzingen ( Hochrheinbahn)
- Radolfzell – Friedrichshafen (Bodenseegürtelbahn)
- Radolfzell - Mengen (Ablachtalbahn)
- Mengen – Ehingen – Ulm (Donautalbahn)

Zwischen den Grossräumen Basel/Zürich, Ulm/München/Nürnberg und darüber hinaus gibt es heute auf der Schiene keine durchgehende und leistungsfähige Direktverbindung für den Güter- und den Personenverkehr. Diese Bahnlinien müssen zudem einen dichten Regionalverkehr bewältigen, der auf einigen Teilstrecken bereits existiert oder geplant ist. Mehrverkehr ist bereits mit marginalen Ausbauten möglich.

Die folgenden Vorhaben im Grossraum Bodensee sind ebenfalls im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) zu berücksichtigen:

- Augsburg – Buchloe – Kempten – Immenstadt – Hergatz (Allgäubahn)
- Ulm – Memmingen – Kempten – Oberstdorf (Illertalbahn)
- Tübingen – Sigmaringen – Kißlegg (Zollernbahn)
- Stuttgart – Tuttlingen – Singen (Gäubahn)
- Immendingen – Tuttlingen – Sigmaringen (Donautalbahn)
- Neustadt – Donaueschingen (Höllentalbahn)

Die Initiative Bodensee-S-Bahn erwartet von den zuständigen Behörden, dass alle Vorhaben in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen, die Planungen bis zur Baureife zügig fortgesetzt und die Finanzierungen gesichert werden.

Detaillierte Informationen sind auf unserer Homepage

www.bodensee-s-bahn.org veröffentlicht:

- Vollständige Stellungnahme vom 3. Juli 2014 mit Ziel-Angebot für die Bodenseegürtelbahn im Abschnitt Singen – Friedrichshafen -

Lindau und Auszug aus der Liste der Vorhaben für den Bundesverkehrswegeplan im Grossraum Bodensee.

- Netzplan der Einspur- und Doppelspur-Bahnlinien am Bodensee
- Schienenverkehr Einspur-Doppelspur
- Schienenverkehr Diesel-Elektro-Betrieb

**07.07.2014**

**Weitere Auskünfte:**
**Paul Stopper, Telefon 0041 44 940 7474, Mobil 0041 76 330 9291,**
**E-Mail: paul@stopper.ch**
**Ulrich Bauer, Telefon 0049 7522 6402,**
**E-Mail: bauer-wangen@t-online.de**
**Wolfgang Schreier, Telefon 0041 71 688 2837,**
**E-Mail wmschreier@bluewin.ch**

# Südwürttemberg -Region Bodensee-Oberschwaben:

**Südbahn-Ertüchtigung – Gerster:**

## "Dobrindt legt Axt an“

Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** befürchtet, dass der Ausbau und die Elektrifizierung der Südbahn von Ulm über Biberach, Ravensburg nach Friedrichshafen und Lindau von Bundesverkehrsminister Dobrindt ausgebremst werden. In einem persönlichen Schriftwechsel mit Gerster besteht CDU-Verkehrsstaatssekretär Ferlemann im Namen von Verkehrsminister Dobrindt darauf, dass das Projekt Südbahn im Rahmen des neuen Bundesverkehrswegeplans - so wörtlich "erneut geprüft" wird.

Der Biberacher SPD-Abgeordnete ist über diese Entscheidung verärgert: "Es kann doch nicht sein, dass von Ulm bis zum Bodensee im Vertrauen auf eine schnelle Realisierung fleißig geplant wird, und gleichzeitig der Bundesverkehrsminister die Axt an das Projekt Südbahn anlegt." Gerster fordert den CSU-Minister in einem weiteren Schreiben auf, endlich Grünes Licht für das Projekt zu geben und auf eine weitere mit viel Bürokratie verbundene "erneute Prüfung" zu verzichten.
"Erneut prüfen" ist laut Gerster im Berliner Politikjargon oft die erste Strophe des Abgesangs. "Bei mir gehen bei dieser Formulierung alle Alarmzeichen an", so der 42jährige, der im Bundestag Mitglied des Haushaltsausschusses ist. Als Grund für die angeordnete "erneute Prüfung" vermutet Gerster die Kostenexplosion von anfangs rund 90 Millionen Euro auf inzwischen mindestens 226 Mio. Euro. "Darüber hinaus ist die Finanzierung zwischen den Projektträgern noch immer nicht geklärt", so Gerster, "die frühere CDU/FDP-Landesregierung hat seinerzeit versäumt, mit der Bundesregierung eine entsprechende Vereinbarung zu schließen".

"Wir von der SPD wollen, dass die Südbahn als wichtige Verkehrsader in Oberschwaben bis zum Bodensee und darüber hinaus so schnell wie möglich ausgebaut und elektrifiziert wird", so Martin Gerster, "deshalb haben wir das Projekt auch in den Koalitionsvertrag der grün-roten Landesregierung hineinverhandelt." Gerster fordert vor allem die CDU auf, endlich Klarheit zu schaffen, schließlich habe die CDU vor allem bei der Kampagne zur Volksabstimmung "Stuttgart 21" versprochen, dass damit auch die Ertüchtigung der Südbahn verbunden sei.

**24.06.2014** **Alexander Geisler, Büro Berlin, Martin Gerster, MdB**

## SPD-Abgeordnete diskutieren Mindestlohn mit Obstbauern aus der Bodensee-Region

Der Biberacher Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** hat in Berlin eine Delegation von Obstbauern aus der Bodensee-Region getroffen, um mit Ihnen über die Folgen eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro zu diskutieren. Gemeinsam mit der Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales Katja Mast und seinem Landesgruppenkollegen Martin Rosemann empfing Gerster den Friedrichshafener Hubert Lehle, Franz Josef Müller aus Oberkirch und Johannes Bentele aus Tettnang.

Die Landwirte schilderten den Abgeordneten ihre Bedenken zum Gesetzesvorhaben der Großen Koalition. Sie fürchten, der Mindestlohn könnte den

dringend benötigten Einsatz ausländischer Erntehelfer für ihre Betriebe stark verteuern.

So herrsche in der Branche enormer Preisdruck, sodass höhere Löhne nur schwer über höhere Marktpreise abgefedert werden könnten. Deshalb befürchten die Obstbauern, nach Einführung des Mindestlohns bis zu einem Drittel ihrer Einkünfte einzubüßen. Gleichzeitig bekräftigten sie jedoch, dass die Einführung eines Mindestlohnes grundsätzlich richtig sei. Lediglich im Bereich der Erntehelfer sei eine abgewandelte Lösung notwendig.

„Ich verstehe die Sorgen der Landwirte“, so Gerster: „Um den Betrieben mehr Flexibilität zu ermöglichen haben wir deshalb vereinbart, die bestehende Grenze für die sozialabgabenfreie kurzfristige Beschäftigung von 50 auf 70 Tage anzuheben.“

Wie Mast, Sprecherin der SPD-Fraktionsarbeitsgruppe Arbeit und Soziales, betont sei die jetzt gefundene Lösung für die Saisonarbeitskräfte ein tragfähiger Kompromiss, der jedoch die volle Wirkung des Mindestlohns garantiert.

**01.07.2014** **Alexander Geisler, Büro Berlin, Martin Gerster, MdB**

# Kommunalwahlen sind keine Allerweltswahlen

Panaschieren (von frz. panacher – mischen) und Kumulieren (von lat. cumulus – Haufen) sind neben der unechten Teilortswahl nicht die einzigen Begriffe im Kommunalwahlrecht, die den WählerInnen Schwierigkeiten bereiten können.

**Ganz kurz:** beim Panaschieren können Kandidaten von einer Liste in eine andere Liste gezogen werden. In diesem Fall zählen die Stimmen a) für KandidatIn und b) für die andere Liste.

beim Kumulieren können (in B-W) bis zu 3 Stimmen für eine/n KandidatIn vergeben werden (bis zum Erreichen der Stimmengrenze).

Bei der unechten Teilortswahl wird einem Ortsteil eine bestimmte Zahl von Mitgliedern im Gremium garantiert.

Das Kommunalwahlrecht hält noch andere Schwierigkeiten bereit, z. B. Dienstverhältnisse der Kandidaten im öffentlichen Dienst oder Verwandtschaftsverhältnisse, Einwohnerzahlen.

Auffällig war diesmal bei den Ortschaftsratwahlen der Umgang mit den Ergebnissen. In manchen Fällen entschied sich der neu gewählte und konstituierte Ortschaftsrat völlig rechtmäßig nicht für die „StimmenkönigInnen“ und nominierte eine andere Person, die lt. Gemeindeordnung nicht einmal dem Ortschaftsrat angehören muss.

In einigen Fällen äußerte sich die Unzufriedenheit mit den Nominierungsergebnissen öffentlich unter Bezweifeln der Rechtmäßigkeit der Entscheidung oder der Kandidaturen. In einem Fall ging dies soweit, dass Nichtbeachtung des Mehrheitswillens der WählerInnen vorgeworfen wurde.
http://www.suedkurier.de/region/bodenseekreis-oberschwaben/ueberlingen/Dietram-Hoffmann-bricht-sein-Schweigen-und-erklaert-warum-er-neuer-Ortsvorsteher-von-Nussdorf-werden-will;art372495,7108462

Bei den Ortschaftsratswahlen nominieren (benennen durch Wahl) die Mitglieder des Ortschaftsrats (und nur diese) den/die KandidatIn zur Wahl des/der Ortsvorsteherin durch den Gemeinderat.

Die baden-württembergische Gemeindeordnung sieht keinen Zusammenhang vor zwischen Ergebnis der vorangegangenen Ortschaftsratswahl und der Ortsvorsteherwahl. Dies würde die Nominierung und Wahl von ausdrücklich wählbaren Nichtmitgliedern des Ortschaftsrates unmöglich machen.

**20.07.2014** **Karl-Heinz König**

SPD - Kreisverband
Bodenseekreis

## SPD Bodenseekreis ist gegen Gas-Fracking – überall und egal ob mit oder ohne Chemie!

Die SPD Bodenseekreis spricht sich unmissverständlich und eindeutig gegen Fracking als Fördermethode für Erdgas aus. Die Ablehnung gilt nicht nur bei Anwendung von giftigen chemischen Stoffen oder regional begrenzt. Die Sozialdemokraten lehnen diese hochriskante Fördermethode aus grundsätzlichen Erwägungen ab und zwar nicht nur am Bodensee, in Trinkwasser-Schutzgebieten, sondern in ganz Deutschland, auch zum Schutz des Grundwassers und des Oberflächenwassers! Fracking ist eine Fördermethode, die wir überall ablehnen, bekräftigt der Kreisvorsitzende Dieter Stauber. ***„Eine Technologie, die wir in unserer Region für inakzeptabel halten, wollen wir auch den Menschen in anderen Regionen nicht zumuten."***
Bereits am 17.07.2012 hatte der Kreistag des Bodenseekreises einstimmig beschlossen, die unkonventionelle Gasförderung abzulehnen. Während die CDU einen Antrag auf Information zur geplanten Gasförderung gestellt hatte, haben SPD und Grüne gemeinsam in einem weitergehenden Antrag beantragt und erreicht, dass der Kreistag einstimmig den Bundesgesetzgeber zu einem Verbot von Fracking aufforderte.

Am 15.10.2012 hatte sich zudem der Gemeinderat Friedrichshafen - bei nur 2 Gegenstimmen der FDP - für ein generelles Verbot der unkonventionellen Gasförderung in Deutschland ausgesprochen.

Auch der Gemeinderat Konstanz, zahlreiche andere Gemeinden, die Stadtwerke Konstanz, der Zweckverband Bodensee Wasserversorgung, der Landtag von Vorarlberg und andere Beteiligte, haben ihre Ablehnung bereits zum Ausdruck gebracht. In Frankreich wurde Fracking zwischenzeitlich verboten.

Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben hatte ebenfalls die Ablehnung von Fracking beschlossen und forderte den Bundestag auf, Fracking gesetzlich zu verbieten.
*„Im Sinne einer langfristigen Sicherung der Daseinsvorsorge und der Lebensgrundlagen spricht sich der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben angesichts der nicht übersehbaren Risiken gegen Untersuchungen und Realisierungen von Fracking aus, insbesondere im Einzugsbereich von Trinkwasservorkommen, Heil- und Mineralquellen, des Trinkwasserspeichers Bodensee und erdbebengefährdeter Zonen."*

Durch Fracking (engl. to fracture =aufbrechen, aufreißen) soll Erdgas aus Schiefergestein unkonventionell erschlossen werden. Dies findet durch Einpressen von Chemikalien über Bohrlöcher in tiefe Gesteinsschichten statt.
„Mit dieser zerstörerischen und gefährlichen Art und Weise wollen wir kein Erdgas gewinnen," so die SPD Bodenseekreis.
**23.06.2014** **Dieter Stauber, Kreisvorsitzender**

## Ist Europa in der Krise?

**Referat von Professor Jochum bei der SPD Kluftern**

Georg Jochum ist Staats- und Verwaltungsrechtler an der Zeppelin-Universität am Seemooser Horn in Friedrichshafen. Vor einigen Wochen hat er ein Büchlein herausgegeben zum Thema Kampaigning und Lobbying für gesellschaftlich-politische Anliegen, am Beispiel des Ausbaus der B 31/B 33 am nördlichen Bodenseeufer.
Sein Vortrag bei der Jahreshauptversammlung der SPD Kluftern hat sich auf 3 Bereiche bezogen:

1.Chancen und Handicaps bei den EU-Institutionen
2.Die Struktur des Euro
3.Die aktuelle Krise und ihre Bewältigung

**Sein Fazit**: Wir dürfen nicht nachlassen, die Leute aufzuklären über die Idee der europäischen Einigung. Was bedeutet Europa für den Einzelnen? Wie wirkt die EU auch auf die kommunale Selbstverwaltung ein? Europa leidet unter dem „Phantomschmerz des „Nationalstaates", seit 50 Jahren. Die heutige EU geht auf einen fiesen Trick zurück. Zunächst scheiterte die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft 1952 an der französischen Nationalversammlung. An deren Stelle trat dann der europäische Binnenmarkt mit dem Ziel: Wohlstand für alle, was dann die EWG (Wirtschaftsgemeinschaft) zur Folge hatte. 1957 wurden die Römischen Verträge ratifiziert. Die EU als internationale Organisation folgt in ihrem Aufbau dem Muster einer interna-

tionalen Organisation. Die meisten ihrer Organe werden aber überwiegend von der nationalen Politik präjudiziert: das EU-Parlament wird jeweils national gewählt, der Ministerrat, die EU-Kommission- Gremien, deren Zusammensetzung von nationalen Regierungen und Regierungschefs vorbestimmt werden. Lediglich der Europäische Gerichtshof ist von nationalen Weisungen unabhängig. Die Brüsseler Bürokratie, die viel gehasste. Wenn 12-15 verschiedene nationale Normen für Autogetriebe um des Erfolges beim Handel vereinheitlicht werden sollen, geht das nicht ohne eine gemeinsame Regelung, die eben die EU-Kommission bearbeitet und wo der EU-Rat und der Ministerrat, also die nationalen Politiker/innen maßgeblich mitwirken. Die EZB ist ebenfalls nicht nationalpolitisch beherrscht.

Jochum fordert einen neuen EU-Vertrag, mit dem auch die erheblichen Legitimationsprobleme überwunden werden sollen. Statt der nationalen Parlamente soll künftig das EU-Parlament eine viel größere Rolle spielen bei der Gesetzgebungsinitiative und bei der Wahl der EU-Kommission. Die nächste Wahl des EU-Parlaments ist im Juni 2014. Es besteht aus insgesamt 754 Abgeordneten, davon 99 deutsche Abgeordnete. 23 SPD-Abgeordnete (2 aus Baden-Württemberg), 42 CDU/CSU-Abgeordnete, 14 Grüne, 12 von der FDP, 8 Linke. Das EU-Parlament tagt 12 mal im Jahr viertägig in Straßburg und 6 mal viertägig in Brüssel. 2 Wochen allmonatlich sind den Ausschuss-Sitzungen und interparlamentarischen Delegationen vorbehalten. 4 Wochen im Jahr sollen die EU-Abgeordneten ausschließlich in ihrem Wahlkreis unterwegs sein.

Der EURO hat einen Webfehler. Es ist versäumt worden, bei der Schaffung der EURO-Zone eine gemeinsame Fiskalpolitik und ein System so ähnlich wie der innerdeutsche Länderfinanzausgleich einzuführen. Die Idee einer gemeinsamen Währung in EU-Staaten ist schon in den 60er Jahren entwickelt worden. Die Industrie hat wegen der erheblichen Währungsschwankungen zwischen den Nationalstaaten schon länger auf eine Währungsunion gedrängt. Bretton Woods (mit Helmut Schmidt!) bedeutete eine starke Abwertung des US-Dollars und die Einführung des EWS (Europäischen Währungssystems). Die spätere EZB in Frankfurt ist nach dem Muster der Bundesbank aufgebaut worden. Es gibt ein Verbot eines unmittelbaren Ankaufs von Staatsanleihen im geltenden EU-Lissabon-Vertrag. Ebenso ein Verbot von Überziehungskrediten der Mitgliedsstaaten, ebensonach Art.124 des EU-Vertrages das Verbot eines Finanzausgleiches zw. stärkeren und schwächeren Staaten in der EURO-Zone. Der beim EU-Gipfel am 10. Mai 2010 beschlossene ESM-Rettungsschirm soll dauerhaft ab 2012 gelten. Er wird verwaltet von einem Gouverneursrat (Finanzministerrat) und einem Direktorium. Die Rettung Griechenlands nützt Deutschland in erheblicher Weise. Es stützt seine Kreditfähigkeit. Hinter den Staatsanleihen steckt eine abgesicherte Garantie. Zu beachten ist auch der Artikel 126 des EU-Vertrages zum EU-Stabilitätspakt.
80 Prozent des EU-Haushalts mit seinen 147,2 Mrd. Euro Quelle: **www.europa.eu/budget** gehen als Subventionen in die EU-Länder. Notwendig ist die Schaffung einer einheitlichen europäischen Unternehmenssteuer, außerdem mehr Eingriffsmöglichkeiten in nationale Haushaltsrechte. In der Präambel des deutschen Grundgesetzes ist die Übertragung von Souveränitätsrechten an Europa bereits normiert, wenigstens als Vision. Als großes Problem sieht Jochum den um sich greifenden Rechtspopulismus in mehreren EU-Staaten wie Ungarn (!),aber auch die Umtriebe in der englischen Presse und bei der Konservativen Partei im U.K. Wir haben ein Europa der 27 Geschwindigkeiten, eine Politik, die die Menschen draußen im Land nicht mehr erreicht. EUROPA braucht uns!!

**27.06.2014** **W.Bernhard**

## Ortsverein Überlingen

# In Gedenken an Karl Waldvogel

**Karl Waldvogel *1933 +2014**

Die SPD Überlingen trauert um Karl Waldvogel. Als "Dorfer" engagierte er sich vielfältig für seine Nachbarschaft, seine Heimatstadt, seine Stadtkapelle und seine Mitarbeiter. Ohne ihn hätte sich im Überlinger Dorf kein so nachbarschaftliches Miteinander entwickelt. Als Musiker organisierte er zahlreiche Veranstaltungen für die Überlinger Stadtkapelle. Bei der Bundespost war der gelernte Elektro- und Fernmeldemonteur gewähltes Mitglied des Personalrats und Bezirkspersonalrats. Zunächst war er Mitglied des Technischen Ausschusses der Stadt Überlingen. Von 1975 bis 1984 war er Mitglied des Gemeinderats der Stadt Überlingen in der SPD-Fraktion. Auch nach sei-

nem Ausscheiden aus dem Gemeinderat nahm er regen Anteil am kommunalpolitischen Geschehen.

Die sozialdemokratische Fraktion im Überlinger Gemeinderat und der Ortsvereine der SPD Überlingen halten ihn in ehrender Erinnerung.

**16.07.2014** **Oswald Burger (Fraktionssprecher)**

# Klaus Käppeler MdL bei der SPD-Kreiskonferenz am Bodensee

Zum dritten Mal war der SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Käppeler (Münsingen) jetzt zu Gast bei der SPD Bodenseekreis. Er ist seit der letzten baden-württembergischen Landtagswahl im März 2011 Betreuungsabgeordneter für diesen Kreisverband. Ihn verbindet zudem mit der Bodenseeregion, dass er ein gebürtiger Überlinger ist. Nach den Terminen in Friedrichshafen-Fischbach und im Häfler VfB-Restaurant „Beim Bene"(SPD-Kreiskonferenz) hielt der Landtagsabgeordnete und schulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Stuttgarter Landtag am 10. Juli bei der Kreiskonferenz der Sozialdemokraten in Friedrichshafen-Berg wieder ein Referat zu aktuellen Themen der Landespolitik.

Breiten Raum nahm in seinen Ausführungen die Schulpolitik ein, die umstrittene Streichung von Lehrerstellen vor dem Hintergrund der grundgesetzlichen Schuldenbremse und dem Rückgang bei den Schülerzahlen. „Bei den Gemeinschaftsschulen kommen wir gut voran", sagte Käppeler, und auch bei den Beruflichen Schulen habe das Land den Unterrichtsausfall erheblich vermindern können. Im Augenblick setze die grün-rote Landesregierung den Ausbau der Ganztagesschulen im Grundschulbereich um, im Wege einer erneuten Änderung des Schulgesetzes. Große Aufgaben, so der Abgeordnete, stünden noch bei der Umsetzung der Inklusion an, also Aufnahme von Kindern mit Handicap an Regelschulen. Das Landespersonalvertretungsgesetz sei ebenfalls novelliert worden, und zwar sehr im Sinne der gewerkschaftlichen Vorstellungen. Diese habe man auch bei der Landes-Polizeireform beachtet, so dass jetzt kein Polizeibeamter unzumutbar längere Weg zum nächsten Einsatzort (Unfall) bzw. Tatort zurücklegen müsse angesichts des Neu-Zuschnitts der Polizeipräsidien. Die Landespolitik unterstütze die Bodenseeregion energisch beim Dauerbrenner „Ausbau der Bundesstraße 31" gegenüber dem Bundesverkehrsministerium, sodass der lang erwartete Baubeginn nicht mehr länger verzögert werden sollte.

**Klaus Käppeler, li. , Dieter Stauber** **Foto: Uli Möhrle**

Ein anderer Schwerpunkt waren die Kommunalfinanzen landesweit. Bei den Förderkosten zur Schulsozialarbeit komme das Land den Kommunen ebenso entgegen wie bei den wesentlichen Kosten für die Grundsicherung im Alter und für die Eingliederungshilfen durch die neue Bundesregierung. Noch nicht in trockenen Tüchern liege das Vorhaben, kommunale Behindertenbeauftragte zur Förderung der Integration benachteiligter Menschen in die Gesellschaft vor Ort, in den Städten und Gemeinden. Recht ausführlich ging der SPD-Landtagsabgeordnete auf die anschließenden Fragen und Stichworte von Seiten der Zuhörer bei der SPD-Kreiskonferenz ein.

Der Kreisvorsitzende Dieter Stauber bedankte sich beim Gastredner mit einem Präsentkorb mit Erzeugnissen aus der Bodenseeregion für seinen interessanten Vortrag vor den SPD-Delegierten.

**19.07.2014** **W.Bernhard**

# Eine Satzungsdiskussion bei der SPD Bodenseekreis

Zwischen den Wahlkämpfen eine Debatte führen zu den Statuten der Kreis-SPD? Ja, warum nicht? Der Wahlkampf zu der Europa- und Kommunalwahl ist gerade abgehakt, und der Landtagswahlkampf (in Baden-Württemberg) tritt erst im Herbst nächstes Jahr in seine entscheidende Phase. Also nimmt man sich die noch gültige Satzung vor und checkt sie mal durch, ob da nicht einige Paragraphen auf den neuesten Stand gebracht werden sollten. Immerhin stellt sie einen Rahmen dar für die innerparteiliche Willensbildung in einem Kreisverband.

Manche Ortsvereinsdelegierten haben zum Beispiel bei einer Kreiskonferenz eigentlich kein Stimmrecht, wenn die Kreissatzung verlangt, dass die Ortsvereine jedes Jahr ihre Delegierten zu wählen haben. Und wenn ein Ortsverein erst zwei Jahre oder noch länger braucht, um die Delegierten ordentlich zu wählen? Und was ist, wenn die Satzung extra eine „Betriebsgruppenkonferenz“ erwähnt, die aber schon jahrelang nicht einberufen wurde, weil man sie gar nicht braucht? Warum soll der Sitz der SPD Bodenseekreis Friedrichshafen sein, wo es zuletzt im Jahr 2005 noch eine SPD-Regionalgeschäftsstelle gegeben hat, engagiert geleitet von Herta von Freytag? Und schließlich: Was ist, wenn der Kreisverband nur eine Kreisdelegierten-konferenz kennt, aber die benachbarten Kreisverbände, mit denen man sich einen Bundestagswahlkreis teilt oder einen Landtagswahlkreis, in ihrer Kreissatzung die Kreis-Mitgliederversammlung festgelegt haben? Was ist in so einem Fall zu tun? Fragen über Fragen!

Ein Genosse aus dem Unteren Schussental hatte sich dazu Gedanken gemacht und einen neuen Satzungsentwurf geschrieben. Er informierte sich über viele andere Satzungen sozialdemokratischer Partei-Untergliederungen, in Baden-Württemberg, deutschlandweit, ja sogar im angrenzenden europäischen Ausland. Eine Idee griff er in einem neuen Paragraph 2 auf: politisches Profil. Wofür will sich die Kreis-SPD politisch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten besonders engagieren? Für die Zusammenarbeit in der gemeinsamen Bodenseeregion? Für die Rüstungskonversion am See? Für die Umsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, so wie es die SPD Düsseldorf in ihrer Satzung verankert hat? Oder gleich für den demokratischen Sozialismus nach dem Beispiel der Sozialdemokraten in Zürich oder in Basel? Oder für die Inklusion, wie es die „Parti socialist“ in der Vogesen-Stadt Saint-Dié-des-Vosges in die Statuten aufgenommen hat?

Ein anderer Hintergrund, den der erwähnte Genosse im Auge hatte, war die SPD-Parteireform vor einigen Jahren. Im Jahr 2010 rief der SPD-Parteivorstand alle 10 000 Ortsvereine zu einer Beteiligung an einer Umfrage zur künftigen Partei-Organisation auf. Weshalb? 1976 hatte die SPD bundesweit noch 1,2 Millionen Mitglieder, heute sind es noch 470 000. Mehr als die Hälfte davon hat die Marke des 60. Lebensjahrs schon überschritten. Etwas mehr als ein Drittel der Ortsvereine schickte den Antwortbogen ans Willy-Brandt-Haus zurück. Die Parteibasis hatte ein deutliches Signal nach Berlin geschickt: Wir wollen besser an den Prozessen der innerparteilichen Willensbildung von unten nach oben beteiligt werden! Ganz im Sinne von Willy Brandt: „Lasst uns mehr Demokratie wagen!“

Sigmar Gabriel und Andrea Nahles haben 2011 viel gesagt und geschrieben zur Parteireform und zur Neu-Aufstellung der Gremienstruktur in der SPD. Ganz in diesem Sinne haben bundes- und landesweit viele SPD-Unterbezirke bzw. Kreisverbände in ihren Satzungen auf die Kreis-Mitgliederversammlung festgelegt und nicht mehr auf die herkömmlichen Delegiertenkonferenzen (mit den immer gleichen Delegierten aus den Ortsvereinen….) In Südwürttemberg haben fast alle Kreisverbände in der SPD die Mitgliederversammlung als Hauptorgan auf Kreisverbandsebene eingeführt, nicht die Delegiertenkonferenz. Ebenso fast die Hälfte der 43 SPD-Kreisverbände in ganz Baden-Württemberg. Für eine aktuelle Übersicht dafür hat der Genosse mit Kreisvorstandsmitgliedern aus all diesen 43 Kreisverbänden kontaktiert, persönlich bei Landesparteitagen oder Landesvorstandssitzungen, sowie telefonisch.

Der SPD-Kreisvorstand am Bodensee hat von diesen Aktivitäten weiter nicht viel gehalten. Schon im Einladungsschreiben zur Kreiskonferenz hat man energisch am Status quo festgehalten. „Mehr Bürgerbeteiligung“ – das brauchen wir in der eigenen Partei nicht!“ – Sigmar Gabriel, Andrea Nahles und auch Willy Brandt: die können uns mal…..hat so manch einer wohl insgeheim gedacht. Und so war es nicht weiter verwunderlich, dass die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit weitgehend die bisherige Satzung aufrechterhielt, bis auf ein paar wenige Änderungen. Da hat es nicht einmal eine Rolle gespielt, dass die gegnerische CDU ihren Kreisvorstand im Kreis Ravensburg und im Bodenseekreis im FrühJahr 2013 von einer Mitgliederversammlung wählen ließ, nicht von einer Delegiertenkonferenz. Das macht die CDU noch lange nicht zu einer progressiven Partei, und ist die SPD deshalb schon konservativ?

Die Kreis-SPD am See kommt trotz dieses Abstimmungsergebnisses nicht darum herum, sich etwas einfallen zu lassen, um der Stagnation bei der Mitgliederentwicklung etwas entgegenzusetzen und ihr Profil in ihrer politischen Arbeit zu schärfen. In fünf und in 10 Jahren müssen die Ortsvereine wieder Kommunalwahlkampf bestreiten. Mit den gegenwärtigen Verhältnissen in den kleineren Ortsvereinen von heute, 2014?

Man braucht sich wegen des Instruments Delegiertenkonferenz oder Mitgliederversammlung nicht unablässig fetzen. Nachdenklich macht aber den Beobachter die Gesamtsituation der SPD, nicht zuletzt an der Basis in vielen Regionen vom Bodensee bis an die Ostsee, von den Wahl-Ergebnissen seit 2009 mal abgesehen.

Das sieht so manch ein Mitglied im SPD-Kreisvorstand sehr gelassen und überaus optimistisch. Was kümmert es uns, was im Jahr 2024 ist? Der Rote Seehas kommt in zehn Jahren gerne auf diese Unbekümmertheit von heute zurück.

**19.07.2014** **W.Bernhard**

## Schon vergessen?

**Willy Brandt in seiner Regierungserklärung am 28.10.1969 im Deutschen Bundestag in Bonn:**

**..Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen… und dem kritischen Bedürfnis nach mehr Information……. Genüge tun. ….. Wenn wir leisten wollen, was geleistet werden muss, brauchen wir alle aktiven Kräfte……in unserer Gesellschaft.“**

# Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum

## KV Bodensee:

**Kreisvorstandssitzung SPD Bodenseekreis**

**Freitag, 01.08.2014**
19:00 Uhr
Ort: Oberteuringen
"Gaststätte Post"

**SPD-Sommerfest OV FN und KV Bodenseekreis**

**Samstag, 13.09.2014**
15:30 Uhr - 22:00 Uhr
Ort: Friedrichshafen
SPD Sommerfest mit Live-Musik, Attraktionen, leckerem Essen und guten Gesprächen in netter Atmosphäre. (Näheres folgt)

## OV Bermatingen:

**8. "Brunnenfest"**

**Sonntag, 27.07.2014**
10:00 Uhr - 16:00 Uhr
Ort: Bermatingen, vor der Grundschule

## OV Friedrichshafen:

**SPD-Mitgliederversammlung**

**Donnerstag, 24.07.2014**
19:00 Uhr - 22:00 Uhr
Ort: VFB-Stadionrestaurant Meistershofen, Teuringer Str. 2

Auf der Tagesordnung stehen Begrüßung von Neumitgliedern, Nachlese zur Kommunalwahl und Nachwahlen des Vorstandes.

## OV Kluftern:

**Gartenfest SPD Kluftern**

**Freitag, 01.08.2014**
00:00 Uhr - 00:00 Uhr
Ort: Garten in Bermatingen
Liebe Mitglieder und Freunde der SPD Kluftern, wie bereits angekündigt veranstalten wir auch in diesem Jahr wieder ein Sommerfest in meinem Garten in Bermatingen. Das Fest ist am Freitag den 1.8. und beginnt um 15 Uhr. Mit dem Parkplatz ist es etwas knapp aber wenn wir uns zusammentun geht das auch. Grill und Grillkohle stelle ich bereit. Außerdem was zu trinken, Pils, leichtes Weizen, Mineralwasser und Wein. Grillgut Fleisch, Wurst etc. muss jeder selber bringen. Das Fest findet nur bei trockenem Wetter statt ein Dach ist nicht vorhanden, eine Woche später, also am 8.8. währe dann der Ausweichtermin.

## OV Meersburg:

**Vorstandsitzung**

**Donnerstag, 31.07.2014**
20:00 Uhr
Gutsschänke
Meersburg

# SPD Kreis BC
# MdB Martin Gerster

## Kreistags-SPD:

### Franz Lemli neuer Fraktionschef

Der Biberacher Franz Lemli ist neuer Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. Der 57jährige Polizeihauptkommissar wurde bei der jüngsten Fraktionssitzung einstimmig gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Werner Krug an, der bei den Kommunalwahlen nicht mehr für den Biberacher Kreistag kandidiert hatte. Stellvertretender Fraktionschef der SPD im Kreistag bleibt der Riedlinger Josef Martin. Er wurde ebenfalls einstimmig gewählt.

"Wir gehen gestärkt aus der Kreistagswahl hervor", so der neue Fraktionschef Franz Lemli, "wir haben einen Sitz hinzugewonnen." Mit Gabriele Kübler verfügt die SPD über eine echte Newcomerin im Biberacher Kreistag, die als Fraktionsvorsitzende im Biberacher Gemeinderat aber bereits über große kommunalpolitische Erfahrung verfügt. Helmut Edelmann aus Berkheim feiert sein Comeback im Kreistag. Zusammen mit Martina Miller aus Laupheim und dem langjährigen Biberacher Oberbürgermeister Thomas Fettback bildet die SPD ein Sextett, das sich in der neuen Wahlperiode vor allem für die Themen Gesundheitsversorgung, soziale Verantwortung, Umwelt, Verkehrsinfrastruktur, Integration und Bildung engagieren will. Zu den ersten Terminen zählen auch Gespräche mit Landrat Dr. Heiko Schmid und dem Bewerber Matthias Frankenberg im Hinblick auf die Landratswahl im Juli. "Wir werden die beiden auf Fachkompetenz, politische Standpunkte und Kenntnis der Situation im Kreis Biberach intensiv abklopfen und danach unsere Entscheidung für die Landratswahl treffen", so Franz Lemli.

**24.06.2014** **Franz Lemli**

**Foto: Archiv SPD BC**

# Martin Gerster wieder Mitglied in der BpB

Der Biberacher Bundestagsabgeordnete Martin Gerster ist seit dieser Woche erneut Mitglied des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Das aus 22 Mitgliedern bestehende Gremium, kontrolliert die Arbeit der Bundeszentrale auf Wirksamkeit und politische Ausgewogenheit.

**Im Bild: Martin Gerster und BpB-Präsident Thomas Krüger Foto: A. Geisler**

Der 42-jährige Sozialdemokrat war bereits von 2005 bis 2009 Mitglied des Gremiums, das am Donnerstag zu seiner konstituierenden Sitzung für die laufende Wahlperiode zusammentrat. Am Rande dieses Termins beglückwünschte Gerster den Präsidenten der BpB, Thomas Krüger, zu den zusätzlichen Haushaltsmitteln von 10,75 Millionen Euro, die seiner Einrichtung –

auf Initiative der SPD-Bundestagfraktion – bei den Haushaltsberatungen für 2014 zur Verfügung gestellt wurden.

**Berlin, 27.06.2014** **Alexander Geisler, Büro Martin Gerster MdB**

## Wanderausstellung des Bundestages in Riedlingen

**MdB Gerster:**

# „Erfolgreiches Instrument des Dialogs“

Der Deutsche Bundestag präsentiert sich auf Initiative des Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Gerster** in der Zeit vom 7. bis 11. Juli mit der Wanderausstellung „Deutscher Bundestag“ in der Kreissparkasse Riedlingen, Marktplatz 6.

„Mit der Ausstellung unterstützt der Deutsche Bundestag seit vielen Jahren erfolgreich den Dialog zwischen den Abgeordneten und den Bürgerinnen und Bürgern“, so Gerster. Dieses Instrument der Öffentlichkeitsarbeit sei in besonderer Weise geeignet, Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments und seiner Mitglieder zu vermitteln.

Auf zwanzig Schautafeln zeigt die Schau alle wesentlichen Informationen über den Deutschen Bundestag und dessen Mitglieder. Auf Computerterminals können Filme, multimediale Anwendungen und der Internetauftritt des Parlaments angeschaut werden. Weiterhin liegt Informationsmaterial zur Mitnahme bereit.

Während der gesamten Ausstellungsdauer steht eine Honorarkraft des Referats Öffentlichkeitsarbeit als Ansprechpartnerin vor Ort zur Verfügung. Die Schau ist bei freiem Eintritt von Montag bis Donnerstag 8.30 bis 12.15 und 14 bis 17 Uhr und am Freitag von 8.30 bis 12.15 Uhr geöffnet.

**Biberach, 30.06.2014** **Wolfgang Heinzel, Bürgerbüro Martin Gerster MdB**

**Foto:** **Archiv MdB Gerster**

**MdB Gerster wirbt für Jugendmedienworkshop des Bundestags**
**Motto:**

# „Generation Grenzenlos – Welche Chancen eröffnet uns Europa?“

Junge Medienmacher zwischen 16 und 20 Jahren und aus allen Mediensparten – ob Text, Foto, Audio oder Video – können sich jetzt wieder für den einwöchigen Jugendmedienworkshop des Deutschen Bundestags bewerben. „Generation grenzenlos – Welche Chancen eröffnet uns Europa?“ lautet diesen Herbst das Motto. „Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden sich aus Sicht ihrer eigenen Generation mit Chancen und Herausforderungen in der Europäischen Union auseinandersetzen und die Antworten der Politik kritisch hinterfragen“, erläuterte der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** den Sinn der Veranstaltung. Gerster ist seit Neu-

estem wieder Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung, die – zusammen mit der Jugendpresse Deutschland und dem Bundestag – Mitveranstalterin ist. Schon zweimal – 2011 und 2012 – bestimmte die Fachjury des Jugendmedienworkshops zur Teilnehmerin jeweils auch eine junge Nachwuchsjournalistin aus dem Wahlkreis Gersters, die sich auf dessen Anregung hin beworben hatte.

Auch dieses Jahr wieder werden vom 5. bis 11. Oktober 30 junge Journalistinnen und Journalisten hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens in der Bundeshauptstadt Berlin blicken. Sie sind zu Gast in Redaktionen, lernen Hauptstadtjournalisten kennen, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen, besuchen Parlamentssitzungen und erstellen eine eigene Veranstaltungszeitung.

Der Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag findet 2014 mittlerweile zum elften Mal statt. Bewerben können sich Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren mit einem journalistischen Beitrag zum Thema „Generation grenzenlos – Welche Chancen eröffnet uns Europa?“ Eingereicht werden können bis einschließlich Montag, 21. Juli, Artikel, Video-/Audiobeiträge oder Fotoarbeiten. Nähere Informationen zum Workshop und den Bewerbungsbedingungen finden sich im Internet unter www.jugendpresse.de/bundestag oder bei Bedarf beim Biberacher SPD-Abgeordneten Martin Gerster, zu dem es auch weitere Informationen auf der Internetseite des Deutschen Bundestages http://www.bundestag.de gibt.

**Biberach, 1.7.2014** **Wolfgang Heinzel, Bürgerbüro Martin Gerster MdB**

# Gerster trifft Reisegruppe des ZfP-Bad Schussenried

Der Biberacher Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** hat in Berlin eine Gruppe von 60 jungen Menschen empfangen, die am Zentrum für Psychiatrie Südwürttemberg in Bad Schussenried ein freiwilliges soziales Jahr absolvieren.

**Im Bild: Die ZfP-Gruppe und Martin Gerster** **(Fotos: Jan Rothenbacher)**

Bei ihrem Aufenthalt im Deutschen Bundestag stand für die vor allem aus Bad Schussenried, Weissenau und Zwiefalten stammenden Gäste neben einem Gespräch mit dem 42-jährigen SPD-Parlamentarier auch eine Besuch auf der ribüne sowie eine Besichtigung der Reichstagskuppel auf dem Plan. Besonders freuten sich die Besucher auf das Abendprogramm: Gemeinsam schauten sie auf der großen Fanmeile am Brandenburger Tor das Spiel Deutschland gegen Algerien an.

**01.07.2014** **Alexander Geisler, Büro Martin Gerster MdB**

# Martin Gerster begrüßt Ausbau der Bundesförderung für Mehrgenerationenhäuser

Bundesministerin Manuela Schwesig (SPD) verlängert das Förderprogramm für die bundesweit 450 Mehrgenerationenhäuser auch 2015. Das geht aus dem Etatentwurf der Bundesregierung für 2015 hervor, der heute dem Haushaltsausschuss des Bundestags vorgelegt wird. "Das ist eine super Nachricht für das Biberacher Stadtteilhaus Gaisental, das seit Monaten wegen der unklaren Finanzierungslage auf der Kippe stand", so der Biberacher SPD-Abgeordnete **Martin Gerster**, Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestags.

"Eigentlich hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung geplant, die Förderung der bundesweit 450 Mehrgenerationenhäuser 2014 auslaufen zu lassen", so der SPD-Haushälter Martin Gerster, "ich bin froh, dass es uns SPD-Haushältern gelungen ist, zusammen mit der Ministerin wieder 16 Millionen Euro in den Etatentwurf zu bringen." Konkret bedeutet das, dass Biberach in etwa wieder mit der Förderung in Höhe der bisherigen 40.000 Euro Jahreszuschuss planen kann."

"Ich bin heilfroh, dass das Team des Stadtteilhauses im Gaisental die tolle Arbeit mit Bundesmitteln fortsetzen kann", so der 42jährige. "In den letzten Jahren hat sich für viele Menschen das Stadtteilhaus als zentrale Drehscheibe im Stadtteil Gaisental / Weißes Bild / Fünf Linden etabliert." Mit über 6.000 Einwohnern habe dieser Stadtteil mehr Einwohner als alle Biberacher Teilorte zusammen, verfüge aber über wenig Infrastruktur, so Gerster. Umso wichtiger sei deshalb das breite Angebot des Stadtteilhauses, das sich von Bildung und Begegnung über Integration und Information bis hin zu einem Mittagstisch und aktiver Jugendarbeit erstreckt. Rund 25.000 Besuche verzeichnet das Stadtteilhaus jährlich.

Gerster informierte das Leitungsteam des Hauses sowie Oberbürgermeister Norbert Zeidler telefonisch über die gute Entwicklung. Für die vielen Engagierten rund um das Stadtteilhaus kommt die gute Nachricht zur rechten Zeit: Am Sonntag findet das große Sommerfest statt.

**Berlin, 02.07.2014** **Alexander Geisler M.A., Büro Martin Gerster, MdB**

**Foto: Archiv Gerster**

# Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter besucht Liebherr Ochsenhausen

BERLIN (age/ost) – Auf Einladung des Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Gerster** besucht die Parlamentarische Staatsekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Rita Schwarzelühr-Sutter am Donnerstag, 17. Juli, den Produktionsstandort der Liebherr-Hausgeräte in Ochsenhausen.

Gemeinsam mit Gerster lässt sich Schwarzelühr-Sutter die Unternehmensgruppe vorstellen, wobei vor allem die mit Hausgeräten verbundenen Energie- und Umweltfragen im Mittelpunkt stehen. Hierzu zählt auch die vom Bundesumweltministerium geplante „Abwrackprämie“ für Kühlschränke, von der auch Liebherr profitieren könnte. Nach einer Werksführung werden Gerster und Schwarzelühr-Sutter zudem ein Gespräch mit dem Betriebsrat

führen, der die insgesamt rund 1800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort vertritt.

**Foto: PStS Rita Schwarzelühr-Sutter**

Die 51-jährige Sozialdemokratin Schwarzelühr-Sutter ist gelernte Betriebswirtin und Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Waldshut. Sie gehört dem Bundestag seit 2005 an und ist seit 2014 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium.

**Berlin, 04.07.2014** **Alexander Geisler M.A., Büro Martin Gerster, MdB**

## MdB Gerster gratuliert Biberachs Landrat Dr. Heiko Schmid zur Wiederwahl

Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende **Martin Gerster** gratuliert Landrat Dr. Heiko Schmid zur Wiederwahl. Im dritten Wahlgang hat sich der parteilose Amtsinhaber gegen den CDU-Bewerber Frankenberg am Freitagnachmittag mit 31 zu 27 Stimmen durchgesetzt. “Ich freue mich, dass Heiko Schmid für weitere acht Jahre im Amt bleibt und seine Arbeit fortsetzen kann”, so der 42-Jährige. “In den letzten Jahren habe ich sehr gut mit dem Biberacher Landrat zusammengearbeitet und bin zuversichtlich, dass wir noch mehr für den Landkreis bewegen können.”

**Biberach, 14.07.2014** **Wolfgang Heinzel, Bürgerbüro Martin Gerster MdB**

**Martin Gerster gratuliert Dr. Heiko Schmid**

## Online- Umfrage zur Zukunft der Jugendarbeit im Landkreis Biberach

www.zukunftjugendarbeit.de

Mit einer Online - Umfrage, die seit Mitte Juni läuft, möchte der Kreisjugendring Biberach e.V. (KJR) die Meinung und Einschätzung von Ehrenamtlichen in Vereinen und Verbänden zum Thema „Zukunft der Jugendarbeit“ im Landkreis Biberach erfahren. Die Umfrage findet im Rahmen des Projekts „Zukunft Jugendarbeit im ländliche Raum“ statt, das der KJR Biberach gemeinsam mit dem Kreisjugendreferat Biberach und dem Kreisjugendring und dem Landratsamt Ravensburg umsetzt. Die Ergebnisse der Umfrage sollen im Herbst der Öffentlichkeit und der Politik vorgestellt werden.

Nicht nur Jugendleiter, Trainer und Vereinsverantwortliche sind laut Kreisjugendring gefragt, sondern auch Engagierte in Jugendbuden und –initiativen, die kein Verein sind, aber mit ihrem Engagement für Jugendliche etwas auf die Beine stellen, haben mit der Onlineumfrage die Chance, ihre Anregungen und Wünsche zu Themen wie Kooperation der Vereine untereinander, Spannungsfeld Schule-Ehrenamt, öffentliche Anerkennung von ehrenamtlicher Tätigkeit und einigem mehr mitzuteilen.

Die Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Biberach lebt vom vielfältigen ehrenamtlichen Engagement. Kinder und Jugendliche erleben in den Vereinen, Buden und Initiativen Gemeinschaft, gestalten mit und lernen soziales Miteinander. Auf Grund von demografischen und schulischen Entwicklungen stehen Jugendarbeit und Ehrenamt vor großen Herausforderungen. Die Umfrage soll dazu beitragen, die Weichen der Jugendarbeit im Landkreis Biberach in den kommenden Jahren richtig zu stellen, indem die, die direkt mit Jugendlichen arbeiten ihre Meinung abgeben können.

Projektleiterin Margit Renner: „Je mehr sich beteiligen, umso mehr zeigt es Wege auf, wie die Jugendarbeit im Landkreis Biberach in Zukunft gestaltet werden kann.“

Alle Mitmacher an der Umfrage aus dem Landkreis Biberach können an einer Verlosung von 45 attraktiven Preisen teilnehmen. Unter www.zukunftjugendarbeit.de kommt man direkt zur Umfrage, die bis einschließlich 15. August freigeschaltet ist.

Das vom Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden- Württemberg geförderte Projekt „Zukunft Jugendarbeit im ländlichen Raum“ wird im Landkreis Biberach vom Kreisjugendring Biberach e.V. und dem Kreisjugendreferat durchgeführt. Im Rahmen des Projekts, das bis Ende 2015 dauert, werden momentan in Gemeinden des Landkreises Handlungsansätze für eine zukunftsfähige Jugendarbeit entwickelt und erprobt. Eine begleitende Evaluation soll am Ende des Projekts zu konkreten Handlungsempfehlungen für Gemeinden für ein zukunftsfähige Jugendarbeit führen.

**10. Juni 2014 Andreas Heinzel, 1. Vorsitzender Kreisjugendring Biberach e. V.**

**Kurzbeschreibung Projekt:**

# „Die Zukunft der Jugendarbeit im ländlichen Raum“

Das Projekt Zukunft Jugendarbeit im ländlichen Raum wird vom Kommunalverband Jugend und Soziales gefördert und in den Landkreisen Biberach und Ravensburg in ausgewählten Städten/Gemeinden umgesetzt.

1. **Ziele und Intention**
    - Erhalt und Stärkung der Jugendarbeit im ländlichen Raum (vor allem ehrenamtlich geprägt) Wie können die Strukturen in kleinen, mittleren und großen Gemeinden aussehen?
    - Unterstützung der Vereine in den Kommunen bei der Bewältigung der Herausforderung auf Grund des demografischen Wandel und den Veränderungen in der Schule
    - Entwicklungsprozesse initiieren mit der Frage „Was wird im ländlichen Raum gebraucht, damit junge Menschen bleiben oder wieder zurück kehren und welche Rolle spielt Jugendarbeit als lukrativer Standortfaktor.“

Aufbau von Strukturen – Was braucht es vor Ort?

- Beteiligungsstruktur
- Ansprechpartner
- Netzwerk

- Förderprogramme
- Funktionierende Kooperationen
- Politischer Wille pro Jugendarbeit
- Anerkennungsstruktur

**2. Schema für Planung in der Gemeinde**

- Informationsgespräch im Rathaus mit Bürgermeister/in und weiteren Teilnehmern.
- Entscheidung von der Verwaltung, dass ein Prozess im Rahmen des Projekts angegangen wird.
- Ansprechpartner im Rathaus benennen und Information im Gemeinderat (entweder durch Vorstellung des Projekts über Projektleitung Margit Renner oder über Verwaltung)
- Ist-Analyse zur sozialen Struktur in der Gemeinde, Beschreibung der Ausgangslage, …….
- Zukunftswerkstatt mit TeilnehmerInnen aus der Kommune bzw. Region aus unterschiedlichsten Funktionen (konkret bei Punkt Teilnehmer). Moderation durch Projektleitung Margit Renner. Kreisjugendreferentin Gertraud Koch ist nach Absprache beteiligt. Ergebnisse der Zukunftswerkstatt dokumentieren. Grundlage für die Weiterarbeit am Runden Tisch. Dauer ca. 4 Stunden
- „Runder Tisch Jugendarbeit“ = Planungsgremium vor Ort die konkrete Maßnahmen plant und Strukturen für die Kommune entwickelt. Ca. 3 * pro Jahr
- Öffentliche Gemeinderatssitzung, an der die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt und des Runden Tisch präsentiert werden und erste Beschlüsse für Maßnahmen gefasst werden.
- Möglicherweise Planung und Durchführung einer Beteiligungs-aktion (Jugendversammlung, Jugendforum, Jugendhearing, …)

◦ Beteiligung möglichst vieler Jugendlicher

◦Die Projektleitung oder das Kreisjugendreferat moderiert.

◦Ideen, Bedürfnisse, Sorgen, Wünsche und Defizite der Jugendlichen sammeln und dokumentieren und in Projektgruppen mit den Jugend-lichen weiter bearbeiten. Anregungen und Aussagen ernst nehmen.

- Maßnahmenempfehlungen für den Gemeinderat entwickeln und dem Gemeinderat zur Beratung vorlegen. Es hat sich bewährt, dass die Jugendlichen ihre Anliegen selber präsentieren. Beschluss über Umsetzung der Maßnahmen; wer, was, wann, ... Der Gemeinderat wird Herr des weiteren Verfahrens.
- Eventuell Teilnahme am Evaluationsprozess.
- Geplant ist auch ein Austauschtreffen für alle Gemeinden, die am Projekt teilnehmen.

**3. Was ist eine Zukunftswerkstatt?**

In einer Zukunftswerkstatt erarbeitet eine Gruppe Lösungsvorschläge oder Umsetzungsstrategien zu einem Thema oder einem Problem. Hierbei wird nach einem dreiteiligen Phasenaufbau (Kritik-Ideen-Umsetzung), sowie nach fantasieförderndenden Regeln und Methoden vorgegangen. Folgende Phasen sind vorgesehen:

1. Einstiegsphase
2. Kritikphase ("Meckerphase")
3. Fantasie- und Utopiephase (Wunsch- und Traumphase)
4. Umsetzungsphase ("Losleg-Phase")
5. Ausstiegsphase ("Abschiedsphase") : Ende der Zukunftswerkstatt

**4. Gewünschte Teilnehmer einer Zukunftswerkstatt im Rahmen des Projekts Zukunft Jugendarbeit:**

- Verwaltung (Bürgermeister, Ansprechpartner im Rathaus)
- Jugendliche (SMV, Kirchliche Jugendarbeit, Firmlinge, Ministranten, Vereine)
- ehrenamtliche Jugendarbeiter/Jugendleiter (Kirche und Vereine)
- hauptamtliche Jugendarbeiter aus dem Landkreis (mögliche Partner: Kreisjugendreferat, katholisches Jugendreferat, evangelisches Jugendwerk, Kommunale/offene Jugendarbeit, Bund der Landjugend, Freie Träger wie Jugend Aktiv oder CJD Bodensee Oberschwaben)
- Eltern (Elternbeirat, interessierte Eltern)
- Vereine (Vorstand),

- evangelische und Katholische Kirche (Pfarrer, Kirchengemeinderat, …)
- Schule (Rektor, Lehrer, Elternbeirat, SMV),
- Politik (Bürgermeister, Gemeinderäte, Ortsvorsteher, Kreisräte)
- Wirtschaft (Ausbildungsleiter, Firmenchef, Handwerk),
- interessierte Bürger – Einladung über Mitteilungsblatt

**5. Runder Tisch – demokratisches Gesprächsforum**
Ein „Runder Tisch“ ist eine Partizipationsmethode, in der an den Ergebnissen der Zukunftswerkstatt mit den interessierten Partnern weitergearbeitet wird und Lösungen oder Projekte oder Konzepte erarbeitet werden. "Runde Tische" kamen und kommen in allen Bereichen unserer Gesellschaft vor. Beim „Runden Tisch“ haben alle das gleiche Stimmrecht. Die Gesprächsleitung übernimmt eine neutrale Moderation. Die Zusammensetzung orientiert sich an einer möglichst breiten Repräsentation von Interessenlagen und Bedürfnissen. "Runde Tische" sind ein Instrument der Beteiligung und ermöglichen Initiativen, fördern den Dialog und die Kommunikation, sie vermitteln, sie beraten und informieren. Sie können zum Sprachrohr bzw. zum Anwalt ansonsten benachteiligter Gruppen werden. Sie liefern kreative, konstruktive und auf einem breiten Konsens basierende Lösungen.

**6. Online-Umfrage**
Von Mitte Juni bis Mitte August 2014 werden Ehrenamtliche online zu Ihrem Engagement und Ihrer Meinung, was die Rahmenbedingungen und notwendige Unterstützung für Jugendarbeit betrifft, befragt. Die Ergebnisse sollen im Herbst 2014 vorliegen.

**7. Ansprechpartner/Projektleitung**
Kreisjugendring Biberach e.V.
Projektleitung
Margit Renner
Rollinstr. 18
88400 Biberach
Tel.: 0151 65496659
Margit.renner@kjr-biberach.de
www.kjr-biberach.de

**8. Kooperationspartner**
Kreisjugendring Biberach e.V.
1. Vorsitzender
Andreas Heinzel
015127150133
andreas.heinzel@kjr-biberach.de
www.kjr-biberach.de

Landratsamt Biberach
Kreisjugendreferentin
Gertraud Koch
07351 52-6407
gertraud.koch@biberach.de
www.biberach.de

Kreisjugendring Ravensburg e.V.
Joachim Sautter
0751/21081
j.sautter@kjrrv.de
www.jukinet.de

Landratsamt Ravensburg
Herr Pohnert
0752 29963741
Gerald.Pohnert@Landkreis-Ravensburg.de
www.ravensburg.de

Evaluation
IRIS e.V.
Jutta Goltz
07071 7952065
015150715141
jutta.goltz@iris-egris.de
www.iris-egris.de

Kommunalverband Jugend und Soziales (KVJS)
Marion Steck
0711 6375478
Marion.Steck@kvjs.de
www.kvjs.de

**14.07.2014** **Margit Renner, Kreisjugendring Biberach**

# THW –Helfer Biberach ausgezeichnet

Helfer des THW-Ortsverbands Biberach sind mit der "Fluthelfer-Medaille" des Bundes ausgezeichnet worden. Auf Wunsch des THW hat der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** zusammen mit dem Landesbeauftragten Stephan Bröckmann die Ehrung in einer zentralen Feierstunde in Pfullendorf vorgenommen. Den Angehörigen des THW-Ortsverbands wird damit Dank und Anerkennung für den Einsatz beim Hochwasser in den ersten Junitagen 2013 in Veringenstadt (Kreis Sigmaringen) und in Sachsen-Anhalt zuteil.

Gerster würdigte in seiner Dankesansprache den großartigen, selbstlosen und ehrenamtlichen Einsatz der Biberacher THW-Mannschaft unter der Leitung des Ortsbeauftragten Jochen Bösing. "Sie sind gute Botschafter für den sozi-

alen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft", so der 42jährige Abgeordnete, der im Haushaltsausschuss des Bundestags für den Themenbereich Katastrophenhilfe zuständig ist. "Durch ihr Engagement haben sie ein Zeichen gesetzt, dass Menschen in Not auf professionelle Hilfe vertrauen können."

Die Helfer aus Biberach waren in den ersten Juni-Tagen in Veringenstadt auf der Schwäbischen Alb im Einsatz, als die Lauchert Teile der Altstadt überflutete. Zur Gefahrenabwehr und zum Abpumpen von Straßenzügen wurde Großalarm ausgelöst. In Sachsen-Anhalt waren aufgrund des Hochwassers viele Regionen rund um die Saale komplett überflutet. Auch hier kam Hilfe aus Biberach vom THW.

Die Einsatzmedaille Fluthilfe 2013 wurde als Dank und in Anerkennung für besonders aufopferungsvolle Hilfe bei der Abwehr von Gefahren und der Beseitigung von Schäden anlässlich der Flutkatastrophe 2013 in Deutschland gestiftet.

Das Ehrenzeichen hat die Form einer runden, silberfarbenen Medaille. Auf der Vorderseite ist eine stilisierte Flutwelle an halb versunkenen Häusern dargestellt. Der untere Teil der Medaille trägt die Angabe „Fluthilfe 2013“. Die Rückseite stellt in der Mitte den Bundesadler dar, im unteren Teil stehen die Worte „Dank und Anerkennung“. Der dunkelblaue Mittelteil des Medaillenbandes ist beidseitig von den Bundesfarben schwarz-rot-gold eingefasst. Dazu überreichte Gerster Ehrenurkunden mit dem Bundesadler.

**Die Namen der 22 geehrten Helferinnen und Helfer des THW Biberach:**

Oskar Bökel Jochen Bösing Andreas Bräutigam Christian Bühler
Emanuel Diesch Josef Diesch Sabrina Diesch Martin Fink
Matthias Gretzinger Michaela Gretzinger Oliver Guter Kai Haigis
Thomas Hardegger Felix Hörnle Patrick Pötzold Alexander Pahl
Philipp Ramsperger Philipp Rechtsteiner Erwin Romer
Tobias Schillhofer Markus Schraivogel Stefan Walz

**22.07.2014** **Alexander Geisler, M.A., Büro Martin Gerster, MdB**

# Flutmedaille des Bundes – THW-Helfer aus Riedlingen ausgezeichnet

PFULLENDORF – Für ihren selbstlosen Einsatz bei der Hochwasserkatastrophe 2013 sind Mitglieder des Technischen Hilfswerks (THW) Riedlingen mit der Flutmedaille des Bundes "Fluthilfe 2013" in einer zentralen Feierstunde in Pfullendorf ausgezeichnet worden.

Riedlingens Bürgermeister Marcus Schafft und der Bundestagsabgeordnete für den Kreis Biberach, **Martin Gerster** (SPD), waren vor Ort, um den Einsatz der Riedlinger THW-Mannschaft zu würdigen. Bürgermeister Marcus Schafft überreichte zusammen mit dem Landesbeauftragten des THW, Stephan Bröckmann, die Medaillen und Urkunden des Bundes. Gerster würdigte in seiner Ansprache den selbstlosen Einsatz der Riedlinger Helfer: "Sie sind gute Botschafter für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft", so der 42jährige, der im Haushaltsausschuss des Bundestags für den Themenbereich Katastrophenschutz zuständig ist. Die THW-Helfer stehen laut Gerster für die Gewissheit, dass Menschen in Not durch engagierte Helfer im Ehrenamt geholfen wird, wenn Hilfe benötigt wird.

Bei dem Hochwassereinsatz zwischen Mai und Juli 2013 hatten insgesamt 16.000 THW-Helferinnen und -Helfer an Donau, Elbe und ihren Nebenflüssen rund 1,6 Millionen Arbeitsstunden geleistet. Es war der bislang zweitgrößte Einsatz in der Geschichte des THW.

Zum Ehrenzeichen überreichte Gerster Ehrenurkunden mit dem Bundesadler.

**Die Namen der Ausgezeichneten:**

Werner Binder Stefan Bischofsberger Daniel Diesch Thomas Ege
Michael Elgass Patrick Gaupp Philipp Gotzhein André Großmann
Harald Großmann Jan Großmann Timo Großmann Christian Heiß
Simon Holl Martin Kehrle Klaus Kugler René Seiler Patrick Timmler
Johannes von Rechenberg

**22.07.2014** **Alexander Geisler, M.A., Büro Martin Gerster, MdB**

SPD Kreis Ulm
Alb-Donau Kreis
MdB Hilde Mattheis

## Der Mindestlohn muss für alle gelten!

Am kommenden Donnerstag soll der Bundestag über das geplante Tarifautonomie-stärkungsgesetz zur Festlegung eines einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde beschließen. Mit diesem Gesetz wird eine Hauptforderung der SPD und eine zentrale Festlegung des Koalitionsvertrages der Großen Koalition umgesetzt.

Entsprechend erfreut ist die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**: „Es ist ein großer Erfolg, dass der Mindestlohn endlich kommt. Die SPD hat viele Jahre dafür gekämpft. Viele Menschen in Ulm und Umgebung erhalten nun eine gerechtere Entlohnung und müssen ihren Lohn nicht mehr aufstocken."

Der Mindestlohn wird zum 1. Januar 2015 flächendeckend eingeführt. Branchen, die vorher einen gültigen Tarifvertrag vorweisen können, erhalten bis 2017 eine Übergangsfrist. Zudem sind derzeit einige Sonderregelungen für Arbeitgeber im Zeitungsgewerbe, bei Erntehelfern und Saisonarbeitern im Gespräch.

„Diese Ausnahmen sind ärgerlich", meint Mattheis. „Mein Ziel ist es, dass der Mindestlohn für alle gilt – ohne Wenn und Aber. Leider konnten wir uns da nicht gegen unseren jetzigen Koalitionspartner durchsetzen. Daher ist die Abstimmung nur ein erster Schritt. In den kommenden Jahren müssen wir dafür eintreten, dass die nun geplanten Ausnahmen wieder abgeschafft werden."
Bereits vor knapp einem Jahr hatte die Parlamentarierin mit ihrem Kollegen Klaus Barthel in Ulm mit Interessierten über den Mindestlohn debattiert. Gut sechs Monate nach Regierungsantritt wird nun ein zentrales Wahlver-sprache der SPD für viele Menschen in Ulm und dem Alb-Donau-Kreis Realität.

**30. Juni 2014** **Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin**
**Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB**

## Mattheis zuversichtlich über Bundesmittel für Straßenbahn

### Land muss Baurecht schnell erteilen

Am Montag traf die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium Dorothee Bär um sich über den Stand des Genehmigungsverfahrens zur Ulmer Straßenbahn zu informieren.

„Ich bin zuversichtlich, dass der Bund die neue Straßenbahnlinie 2 fördern wird", berichtet die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis nach dem Gespräch im Bundesverkehrsministerium. „Es geht nun darum, dass das Land möglichst schnell das Baurecht erteilt, denn die Fördertöpfe des Bundes sind endlich", wendet sich Mattheis an die Verantwortlichen im Land.

Im laufenden Genehmigungsverfahren muss mit dem Planfeststellungsbeschluss Baurecht geschaffen werden, bevor der Bund über eine Förderung entscheiden kann. Die wichtigste Frage bei ihrem Gespräch im Bundesverkehrsministerium über den Bau der neuen Straßenbahnlinie 2 vom Ehinger Tor bis zur Wissenschaftsstadt sei gewesen, wann mit dem Entscheid des Landes gerechnet werden könne, berichtete die Parlamentarierin. Erst dann könne das Verfahren im Ministerium beendet und über die Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz entschieden werden.

Mattheis hat sich diesbezüglich in einem Schreiben an das Landesverkehrsministerium gewandt mit der Bitte das Baurecht eilig zu erteilen.

**03.07.2014** **Anja Möbus, Wissenschaftliche Mitarbeiterin**
**Büro Hilde Mattheis, MdB**

# Mehrgenerationenhäuser in Langenau und Ulm sind gerettet

Bei ihrer Sommertour durch den Wahlkreis kommt die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** am Donnerstag auch im Mehrgenerationenhaus Langenau vorbei. Sie hat gute Nachrichten dabei für die Menschen, die sich für die gegenseitige Unterstützung von alten und jungen Menschen engagieren: Die Finanzierung, die nach bisherigen Plänen 2014 auslaufen sollte, wird auch 2015 fortgeführt.

Als eines von bundesweit 450 Mehrgenerationenhäuser bangte auch das in Langenau um die Fortführung der vielfältigen Angebote. Nun besteht für 2015 Planungssicherheit, denn im Kabinettsentwurf für den Bundeshaushalt 2015 ist auch die weitere Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser enthalten. Das entsprechende Aktionsprogramm sollte ursprünglich zum Ende des Jahres 2014 auslaufen. Nach intensiven Haushaltsverhandlungen könnten die erfolgreichen Projekte für das Miteinander der Generationen weiter geführt werden, berichtete Mattheis von den Beratungen in Berlin.

„Ich freue mich, dass damit die Finanzierung für das Mehrgenerationenhaus in Langenau und in Ulm für das Jahr 2015 gesichert ist“, kommentierte Mattheis vor dem Gespräch mit den engagierten Helfer der Hausaufgabenhilfe am Donnerstag in Langenau. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich bereits frühzeitig für eine Weiterführung des erfolgreichen Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser eingesetzt. Denn unter Schwarz-Gelb wurden die Mittel für Mehrgenerationenhäuser gekürzt. Zudem läuft eine Kofinanzierung aus dem Europäischen Sozialfonds zum Jahresende aus. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung ist es gelungen, die Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser im letzte Woche verabschiedeten Regierungsentwurf für den Haushalt 2015 sicherzustellen.

„Das ist gut angelegtes Geld, denn generationenübergreifende Orte werden immer wichtiger, da sie das Miteinander der Generationen vor Ort fördern“, so Mattheis.

**7. Juli 2014** **Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin**
**Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB**

# Mattheis macht Sommertour statt Sommerpause

Während der parlamentarischen Sommerpause tourt die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** (SPD) traditionell durch den Wahlkreis. Schwerpunkt ihrer diesjährigen Reise rund um Ulm und den Alb-Donau-Kreis sind ehrenamtlich engagierte Menschen, die sich sozial oder ökologisch engagieren. „Mit meinem Besuch will ich Danke sagen und das unverzichtbare Engagement vieler Menschen wertschätzen“, so Mattheis.

Start der Tour ist am 8. Juli in Illerrieden, wo die Hospizgruppe Iller-Weihung über ihre Sterbebegleitung berichten wird. In der Region Ehingen besucht sie den Pflegestützpunkt Ehingen , das Informationszentrum Biosphärengebiet Lauterach und das Gesundheitsnetz eG. Im Raum Langenau trifft sie sich mit dem Team des Dorfladen Hörvelsingen, wandert durch das Langenauer Ried mit der Arbeitsgemeinschaft Donaumoos Langenau und besucht die Hausaufgabenhilfe im Mehrgenerationenhaus. In der Woche ab 14. Juli findet im Nordwesten des Wahlkreises ein Treffen mit dem Homöopathische Verein Laichingen und ein Mittagessen im Haus für Kinder Westerheim statt. Über den Ausgleich zwischen Klettersport und Naturschutz im Blautal informiert sich Mattheis beim Gespräch mit dem AKN im Blautal. In Erbach können die Besucher und Beschäftigten der Tagespflege Wiester der Gesundheitspolitikerin ihr Anliegen schildern. In Ulm besucht Mattheis die die Interkulturelle Kreativwerkstatt und den Interkulturellen Garten sowie das Projekt Singen Bewegen Sprechen in der Kindertagesstätte Schillerstraße.

Gespräche mit den Bürgermeistern in Oberdischingen, Westerheim, Griesingen, Untermarchtal und Illerrieden runden die Sommertour ab.

**7. Juli 2014** **Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin**
**Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB**

# Rote Karte für schlechte Zahlungsmoral Guter Tag für Mittelstand und Handwerk

Betriebe in Ulm und dem Alb-Donau-Kreis müssen in Zukunft höchstens 60 Tage auf die Bezahlung ihrer Leistung warten. „Mit der Verabschiedung des

Gesetzes zur Bekämpfung des Zahlungsverzugs haben wir letzte Woche das Fundament für einen finanziell starken Mittelstand und ein starkes Handwerk in Deutschland gelegt“, stellte die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** fest.

Künftig werden im Geschäftsverkehr Zahlungsfristen bis zu höchstens 60 Tage vereinbart werden können. Eine längere Frist wird nur dann zulässig sein, wenn sie ausdrücklich getroffen und für den Gläubiger nicht grob nachteilig ist. Striktere Fristen werden, für den Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und öffentlichen Auftraggebern festgesetzt. In diesen Fällen werden die Zahlungsfristen auf höchstens 30 Tage beschränkt. Klauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen, durch die diese Regelungen umgangen werden sollen, sind zudem gesetzlich ausgeschlossen und damit unwirksam. Bisher mussten oft gerade mittelständische Betriebe und das Handwerk finanziell viel zu weit in Vorleistung treten. Rechnungen durch die Auftraggeber wurden meist erst spät gezahlt. Lange Zahlungsfristen von über 3 Monaten waren an der Tagesordnung. Für die kleineren und mittleren Unternehmer bargen diese Zeitrahmen ein großes Risiko, denn sie liefen Gefahr eigene Rechnungen und Angestellte nicht mehr bezahlen zu können, obwohl die Betriebe auf dem Papier deutlich im „Plus“ waren. Zahlungsunfähigkeit und daraus resultierende Insolvenzen waren oft die Folge.

„Mit unserem Gesetzentwurf zeigen wir dieser laxen Zahlungsmoral nun die rote Karte und setzen auf „Fair Play“ im geschäftlichen Zahlungsverkehr. Die Zeiten in denen mittelständische Betriebe und das Handwerk finanziell viel zu weit in Vorleistung treten mussten, sind damit endgültig vorbei!“, ergänzte Mattheis.

**8. Juli 2014** **Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin**
**Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB**

## SBI – Sozialistische Bodensee-Internationale

# SPÖ Österreich

vorarlberg SPÖ

# ÖVP steht bei der Kinderbetreuung voll auf der Bremse

### Die ÖVP Alleinregierung hat es nicht geschafft, in 5 Jahren eine Verbesserung für Vorarlbergs Frauen und Familien zu erzielen.

Die jüngste Statistik bzgl. Schließtage in den Kindergärten offenbart, dass Vorarlberg immer noch auf dem falschen Weg ist. Die Vorarlberger Kindergärten blieben im vergangenen Jahr im Schnitt 38,4 Tage geschlossen. Und dies, obwohl der nötige Ausbau der Kinderbetreuung dringend gefordert wird.

„Die ÖVP Alleinregierung hat es in fünf Jahren nicht geschafft, hier für die Vorarlberger Frauen und Familien eine Verbesserung zu erzielen“, so Mirjam Fischer. „Alle anderen Bundesländer konnten Verbesserungen erzielen. In Vorarlberg herrscht Stillstand. Mir erscheint, dass der ÖVP in Vorarlberg Familienfreundlichkeit und bessere Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf doch nicht so wichtig sind.“

Frauen – und Familiensprecherin Mirjam Fischer betont weiter: „An dieser Stelle möchte ich nochmal auf die SPÖ-Forderung zurückkommen, dass Kindergärten künftig nur mehr zwei Wochen pro Jahr geschlossen haben sollen. Dies vor dem Hintergrund, dass viele Eltern, vor allem aber Alleinerziehende, mit den gesetzlich zustehenden fünf Urlaubswochen pro Jahr im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung nicht über die Runden kommen.“

Gerade angesichts der kommenden Sommerferien muss die aktuelle Situation sehr kritisch betrachtet werden: „Der Bedarf an Ferienbetreuung nimmt immer mehr zu. Doch noch immer bieten zu viele Gemeinden den Familien keine umfassende Kinderbetreuung - speziell in den Sommerferien - an“, erklärt Fischer.

Der Handlungsbedarf bei den Kindergartenöffnungszeiten in Vorarlberg wird immer dringender. Die Öffnungszeiten der Kindergärten müssen endlich den Gegebenheiten angepasst werden, damit Familien und vor allem Frauen im Bereich Kinderbetreuung bessere Unterstützung von Seiten der Öffentlichen Hand bekommen.

**02.07.2014** **Vorarlbergs soziale Kraft**

# Ausgleichszahlungen von bis zu 80.000 Euro pro Jahr für einen Primar

### SPÖ-Gesundheitssprecherin Sprickler-Falschlunger: „Hat das Land komplett die Bodenhaftung verloren?“

„Es steht außer Frage, dass man hoch qualifizierte Primarärztinnen und Primarärzte braucht, wenn man in den Vorarlberger Spitälern Spitzenmedizin anbieten will. Diese sollen und müssen sehr gut bezahlt werden, will man überhaupt konkurrenzfähig bleiben“, erwähnt SPÖ-Gesundheitssprecherin LAbg. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger vor dem Hintergrund der via Wirtschaftspresseagentur bekannt gewordenen Ausgleichszahlungen für den Primararzt Dr. Stefan Rimbach.

Das vom Land Vorarlberg bezahlte Grundgehalt werde durch die Einnahmen von den Klassepatienten – je nach Fachrichtung – deutlich verbessert. Das sei auch gut so, meint Sprickler-Falschlunger, denn schließlich würden davon nicht nur der Primararzt, sondern auch die anderen Abteilungsärzte und das Krankenhaus (und damit der Steuerzahler) profitieren.

Wie viele Klassepatienten ein Primararzt lukrieren kann, hänge im Wesentlichen von ihm selbst ab. Das habe auch Primar Rimbach bewiesen, da er keine Zusatzzahlungen aus dem 80.000 Euro- Ausgleichstopf mehr brauche.

Dass das Land aber bereit sei, eine „Ausfallshaftung für Klasseeinnahmen“ von bis zu 80.000 Euro und dies über 2 Jahre zu übernehmen, werde nur noch damit getoppt, dass unbefristete Arbeitsverträge gleich mitausgestellt werden.

„Was, wenn ein Primar nicht wie Primar Rimbach diese Zahl an Klasseeinnahmen lukriert? Vielleicht nicht besonders engagiert ist? Wie lange darf er dann damit rechnen, dass ihm das Land und damit der Steuerzahler jährlich bis zu 80.000 Euro zusätzlich zum Gehalt finanziert“, fragt sich die SPÖ-Gesundheitssprecherin.

Im Land Vorarlberg habe man offenbar die Bodenhaftung komplett verloren. Wer nicht verstehe, dass dies die Sache des Primararztes ist und die öffentliche Hand keine Vollkaskoversicherung anbieten darf, muss sich fragen, ob er die Lebensumstände der Vorarlberger Bevölkerung überhaupt wahrnimmt.

**09.07.2014** **Vorarlbergs soziale Kraft**

# Krankenhausbedienstete zahlen die Zeche für die Ignoranz der ÖVP

### Zeitdruck, Überstunden, die Herausforderungen, mehrere Aufgaben gleichzeitig erledigen zu müssen, belasten den überwiegenden Teil der Krankenhausbeschäftigten

„Zeitdruck, Überstunden, die Herausforderungen, mehrere Aufgaben gleichzeitig erledigen zu müssen, belasten den überwiegenden Teil der Krankenhausbeschäftigten. Das ist nicht verwunderlich, bedenkt man die veränderten Bedingungen. Durch die kurze Verweildauer der Patienten und den damit verbundenen enormen Patientenwechsel hat sich die Arbeitsbelastung des Pflegepersonals und der Ärzteschaft gegenüber früher stark erhöht. Aufnahmen und Entlassungen müssen in kürzester Zeit erledigt werden. Besonders das ältere Personal fühlt sich stark belastet“, reagiert SPÖ-Gesundheitssprecherin LAbg. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger auf die nun vorliegende Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenhäuser.

Die Zahl der älteren, teilweise verwirrten Patienten hat zugenommen und wird noch weiter steigen. All das belastet neben dem Pflege- und Hilfspersonal auch das knapp bemessene ärztliche Personal, das einen Berg von Überstunden vor sich herschiebt. Die ÖVP habe bisher beharrlich alle

diesbezüglichen Anträge der SPÖ zur Entlastung abgelehnt, so Sprickler-Falschlunger.

So etwa auch den Antrag auf Einrichtung einer Akutgeriatrie, wie es in jedem anderen Bundesland eine gebe. Oder den Antrag auf die Übergangspflege, die erst vor kurzem nach jahrelangen Diskussionen eingerichtet wurde und die schon in kurzer Zeit aus allen Nähten platzen wird.

Noch vor kurzer Zeit habe Landesrätin Greti Schmid den von der SPÖ prognostizierten Pflegenotstand aufs Schärfste zurückgewiesen. Sie ignoriere, dass bereits in 10 Jahren die Hälfte der Bediensteten über 50 Jahre alt sein wird und dringend entlastet werden müsse. Trotzdem gehe der Ausbau der Krankenpflegeschulen nur träge vonstatten. Von 180 Bewerberinnen für einen Platz an der Krankenpflegeschule in Bregenz wurden nur 30 aufgenommen. Eine Erklärung von Seiten des Landes gibe es dafür nicht.

Um die Spirale aus Überstunden, Überlastung und Personalmangel zu stoppen, fordert die Vorarlberger SPÖ von der Landesregierung und der Leitung der Krankenhausbetriebsgesellschaft:

Ø eine zusätzliche Krankenpflegeschule, um den Bedarf an Pflegekräften zu sichern und die älteren Pflegekräfte zu entlasten;

Ø den Personalstand im Bereich der Pflege und auch der Ärzteschaft zu erhöhen;

Ø die Einrichtung einer Akutgeriatrie, um den Bedürfnissen der älteren Menschen gerecht zu werden und das Spitalspersonal zu entlasten;

Ø weitere Einrichtungen zur Übergangspflege einzurichten;
Ø vor allem aber die Beschwerden der KrankenhausmitarbeiterInnen ernst zu nehmen und sie bei Entscheidungen miteinzubinden.

**11.07.2014** **Vorarlbergs soziale Kraft**

# KHBG-Geschäftsführer Fleisch ist zu keiner Selbstkritik fähig und damit Teil des Problems

**„Landeshauptmann Markus Wallner und Landesrat Christian Bernhard können die Äußerungen ihres Geschäftsführers nicht unkommentiert stehen lassen. Das wäre eine grobe Missachtung den Krankenhausbediensteten gegenüber."**

„Der Geschäftsführer der Krankenhausbetriebsgesellschaft ist keiner Kritik zugänglich und bezeichnet die AK-Studie als politisch motiviert. Dabei hat er offenbar übersehen, dass die Studie nicht von einer der Oppositionsparteien, sondern von der ÖVP-dominierten Arbeiterkammer in Auftrag gegeben wurde. Ob er sich dabei auf einen innerparteilichen Konflikt in der ÖVP selbst bezieht, entzieht sich meiner Kenntnis", reagiert SPÖ-Gesundheitssprecherin LAbg. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger auf die Aussagen des Geschäftsführers der Krankenhausbetriebsgesellschaft.

Für die Krankenhausbediensteten sei das allerdings nicht von Interesse. Sie würden zu Recht über Unmengen an Überstunden und an Überlastung klagen. Die Reaktion von Geschäftsführer Fleisch auf die Studie ähnelt eher einem unkontrollierten Rundumschlag als der eines besorgten Chefs. Wieso viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen über fehlende Anerkennung klagen, darf niemand verwundern. Unternehmenskultur beginnt in der Chefetage.

„Landeshauptmann Markus Wallner und Landesrat Christian Bernhard können die Äußerungen ihres Geschäftsführers nicht unkommentiert stehen lassen. Das wäre eine grobe Missachtung den Krankenhausbediensteten gegenüber", schließt Sprickler-Falschlunger.

**14.07.2014** **Vorarlbergs soziale Kraft**

# Pflegende Angehörige brauchen die gesicherte Hilfe der öffentlichen Hand

**„Das Land Vorarlberg verfolgt eine klare Strategie. Die Pflege zuhause soll forciert werden, die Pflege in einem Heim nur dann erfolgen, wenn**

**es zuhause nicht (mehr) möglich ist. Das entspricht auch dem Wunsch der meisten älteren und pflegebedürftigen Menschen. Übersehen werden dabei oft die pflegenden Angehörigen, die diese Arbeit zwar gerne leisten, aber enorm bis zur Erschöpfung gefordert sind“, reagiert SPÖ-Gesundheitssprecherin LAbg. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger auf den Hilferuf der Interessensvertretung für pflegende und betreuende Angehörige.**

In der Vorarlberger Spitals- und Pflegelandschaft würden entsprechende Einrichtungen zur Entlastung der pflegenden Angehörigen, die auch den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen selbst entsprechen, fehlen. Diese Klagen kommen auch von Seiten der Spitalsbediensteten. „Es fehlen Übergangspflegebetten, in welchen nach einem Krankenhausaufenthalt die alten Menschen nachbetreut werden und den Angehörigen Zeit geben, sich auf die Pflege zuhause einzurichten. Die gerade geschaffene Übergangspflegestation in Dornbirn wurde viel zu spät eingerichtet und deckt den Bedarf in keinster Weise ab“, hält die SPÖ-Gesundheitssprecherin fest.

Eine eigene akutgeriatrische Abteilung, längst Normalität in allen Bundesländern, würde das Krankenhauspersonal und die Angehörigen entlasten und vor allem eine auf die älteren Menschen abgestimmte Therapie ermöglichen. Auch würden nach wie vor die Möglichkeiten, einen pflegebedürftigen Angehörigen rasch unterzubringen, wenn ein unerwartetes Ereignis eintritt, fehlen. Weil etwa die Angehörigen selbst erkranken oder der Zustand der Mutter sich so verschlechtert hat, dass die Betreuung auf völlig neue Beine gestellt werden muss.

Abschließend meint Sprickler-Faschlunger: „Wenn die Politik in Vorarlberg die Pflege und Betreuung zuhause forcieren will, schuldet sie den pflegenden Angehörigen auch entsprechende Entlastungsmöglichkeiten. Das sind die Forderungen, die die SPÖ in den letzten Jahren immer wieder gestellt hat. Die ÖVP hat sie praktisch alle abgelehnt.“

**15.07.2014** **Vorarlbergs soziale Kraft**

# Den Siegern winken 7.000 Euro!

## Ehrenamt, Selbstlosigkeit oder Zivilcourage sollen belohnt werden

Zahlreiche Voralbergerinnen und Vorarlberger arbeiten oftmals über viele Jahre ehrenamtlich und somit unentgeltlich für andere Menschen. Sie wenden in ihrer Freizeit viele Stunden auf, um in einem Verein, in einer sozialen Einrichtung oder auf sonstige Weise zu arbeiten und zu helfen. Als Anerkennung erhalten sie dann und wann einen dankbaren Blick, einen ehrlichen Händedruck oder ein kleines Präsent – vor allem zu bestimmten Jubiläen.

„Solche Menschen sind unglaublich wertvoll für unsere Gesellschaft, sie sind die Helden das Alltags “, findet Michael Ritsch. Die SPÖ ist der Meinung, dass diese Anerkennung endlich größer und auch einmal in finanzieller Form sichtbar werden sollte. Deshalb sucht Michael Ritsch solche Personen, denen einmal ein großes Lob und eine besondere Anerkennung zu Teil werden sollten. „Wir wollen Menschen auszeichnen, die sich durch Toleranz, Zivilcourage oder einfach nur durch uneigennützige Nachbarschaftshilfe hervorgetan haben.

**Kennen Sie eine Heldin oder einen Helden?**

Melden Sie sich einfach, wenn Sie glauben, dass sich eine Person besonders hervorgetan hat. Es werden drei Preise vergeben – 1.000 Euro, 2.000 Euro

und 4.000 Euro, insgesamt also 7.000 Euro. Die Nennungen werden selbstverständlich eingehend geprüft und eine namhafte Jury wird die Preisträger schließlich auszeichnen.

Kennen Sie eine Heldin oder einen Helden des Alltags? Dann nominieren Sie diesen noch **bis 31. Juli 2014** einfach per E-Mail via helden@laendlegerecht.at
telefonisch unter Tel. 05574/58236 oder schriftlich bei der SPÖ Landesorganisation Vorarlberg, St. Anna Straße 1, 6900 Bregenz.
**Mitmachen lohnt sich!**

**Vorarlbergs soziale Kraft**

# SPS Schweiz

**SP Kanton St.Gallen**

**Metropolitanregion St.Gallen:**

## Eine zentrale Weichenstellung für die Ostschweiz

Metropolitanregionen existieren in der Raumentwicklung des Bundes seit den 1990er-Jahren. Definiert werden sie als verdichtete Siedlungsräume mit urbaner Zentrumsfunktion. Metropolitanräume gelten als Motoren der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes. Metropolitanräume sind weiter gefasst als Agglomerationen. Sie schliessen auch ländliche Gebiete ein. Wesentlich sind die wirtschaftlichen Verflechtungen und die Pendlerströme. Ohne weiteres als Metropolitanregion anerkannt wurden in der Schweiz Zürich (mit Winterthur und Zug), die Region Genf-Lausanne und der trinationale Metropolitanraum Basel. Später kamen die Hauptstadtregion Bern (mit Biel und Fribourg) und das Tessin bzw. Lugano mit der Region Como-Chiasso-Mendrisio hinzu. Eine entsprechende Forderung gab es für die Ostschweiz und für St.Gallen bis heute nicht.

Die neue Studie des Wirtschaftsgeografen (und früheren Standortförderers im Staatssekretariat für Wirtschaft) Dr. Karl Koch zeigt, dass die Region St. Gallen alle Voraussetzungen erfüllt, um nach schweizerischen Massstäben als Metropolitanregion anerkannt zu werden. Massgebend dafür sind die Siedlungsräume und die Pendlerstatistiken. Unter Einbezug des grenznahen Vorarlberg, insbesondere der Agglomeration Dornbirn, überschreitet der Metropolitanraum St.Gallen die Schwelle von 500‘000 Einwohnern klar.

Nicht nur die Zahlen, sondern insbesondere auch qualitative Aspekte sprechen für eine Metropolitanregion St.Gallen. Die Region verfügt über eine stark diversifizierte Wirtschaft (als typisches Kennzeichen und Stärke von Metropolen). Unter Einbezug des Rheintals ist die Region eine der am stärksten industrialisierten Regionen der Schweiz auf hohem technologischem Niveau. Beim öffentlichen Verkehr ist St.Gallen der Knotenpunkt für eine ganze Region. Die Anbindung ans Autobahnnetz ist ausgezeichnet. Auch als zentraler Bildungsstandort ist St.Gallen stark positioniert (Universität, Fachhochschule etc.). Das Kantonsspital ist eines der bedeutenden Zentrumsspitäler des Landes. Offensichtlich ist schliesslich die kulturelle Zentrumsfunktion (Museen, Stadttheater als Mehrspartenhaus etc.).

Der Zeitpunkt für die Forderung nach einer Metropolitanregion St.Gallen ist günstig. Das Bundesamt für Statistik ist daran, neue Definitionen zu Agglomerationen und Städten zu entwickeln. Darauf aufbauend werden dann auch die Metropolitanräume definiert.
Zwar sind Metropolitanregionen heute noch nicht gesetzlich festgeschrieben. Dies im Gegensatz zu den Agglomerationen, auf denen beispielsweise die finanziell teils gewichtigen Agglomerationsprogramme beruhen. Für die Standortpolitik, aber auch für nationale Investitionen in die Infrastruktur ist es aber wichtig, welche Regionen sich als Metropolitanräume verstehen. Dies gilt auch für Entscheide wie jenen über ein Innovationszentrum. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung geht von urbanen Räumen aus.

Bleibt es bei der bisherigen Definition der Metropolitanräume, so liegen St.Gallen und die Ostschweiz in der Wahrnehmung des Bundes weiterhin zwischen den Metropolitanregionen Zürich und München, ohne sich als

eigenständiges Zentrum zu verstehen. Nicht nur die Geschichte, sondern auch das Potenzial der Ostschweiz mit dem Zentrum St.Gallen weisen darüber weit hinaus. Die Schweiz ist polyzentrisch aufgebaut. Eine Metropolitanregion St.Gallen als Zentrum der Ostschweiz ist die logische Ergänzung zu den bisherigen fünf schweizerischen Metropolen. Eine eigenständige Metropolitanregion St.Gallen kann eine neue Dynamik erzeugen, von Verkehrsinvestitionen bis hin zu Standortentscheiden. Die landschaftlichen Qualitäten des Bodenseeraums sind gross und müssen erhalten werden. Sie sind aber kein Ersatz für die Urbanität des Zentrums der Ostschweiz.

Fazit: Die Nähe zu Zürich mit seinem Flughafen ist zwar auch eine Stärke der Ostschweiz. Trotzdem ist die Region St.Gallen nicht Teil der Agglomeration Zürich, sondern ein lebendiges und eigenständiges Zentrum im Herzen der Ostschweiz und der internationalen Region Bodensee. St.Gallen hat eine starke und eigenständige historische, wirtschaftliche und kulturelle Identität. Wenn das aktuelle Raumkonzept des Bundes dies verkennt und die Ostschweiz lediglich als „Vorhof“ von Zürich auf dem Weg nach München sieht, dann besteht Revisionsbedarf.

Der Zeitpunkt für eine eigenständige Positionierung der Ostschweiz ist reif – und günstig. Die Neuberechnungen des Bundesamtes für Statistik bieten die einmalige Chance, die Ostschweiz im künftigen Raumkonzept des Bundes als eigenständigen Metropolitanraum zu definieren. Damit schaffen wir die Grundlage für eine bessere Anbindung der Ostschweiz an die anderen Zentren der Schweiz und an das benachbarte Ausland. Das ist für unseren Wirtschafts- und Lebensraum entscheidend, wenn wir den Wohlstand und die Arbeitsplätze in der Ostschweiz erhalten und fördern wollen.

**Juni 2014** **Karin Keller-Sutter, Ständerätin** **Paul Rechsteiner, Ständerat**

**Tieflöhne in der Industrie:**

# Was tut der Kanton?

Der Kaffeemaschinenproduzent Eugster Frismag AG mit Sitz im thurgauischen Amriswil führt ein Zweigwerk mit rund 500 Mitarbeitenden in Eschenbach SG. Nach Erkenntnissen der Gewerkschaft Unia werden dort Löhne weit unter dem Existenzminimum bezahlt. So sind Arbeitsverträge für eine Vollzeitstelle mit Bruttolöhnen von rund 2'600 Franken pro Monat bekannt. Weiter sind Tieflöhne im Bereich von 2'900 bis 3'100 Franken dokumentiert. Nach anfänglichem öffentlichem Leugnen räumte die Geschäftsleitung diese Saläre ein.

Damit unterbietet die Firma Eugster Frismag nicht nur das übliche Lohnniveau in der Industrie, sondern sie liegt auch weit unter den branchenüblichen Ansätzen. Im Bereich elektrischer Haushaltapparate und Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (NOGAStellenbereiche 27 bzw. 275) betrug der Durchschnittslohn im Jahr 2010 Fr. 41.50 pro Stunde oder Fr. 7195.65 pro Monat. Die untersten Löhne liegen bei Fr. 3'934.-. Das massgebende Schweizer Lohnbuch 2014 führt im Bereich «Herstellung elektrischer Ausrüstungen» (Haushaltgeräte) als unterste Löhne für Ungelernte und Angelernte ab dem 20. Alterjahr einen Stundenlohn von Fr. 21.55 oder Fr. 3'921.- pro Monat auf. Eugster Frismag unterbietet auch diese Werte massiv. Man muss daher von krassem Lohndumping sprechen.

Firmen wie Eugster Frismag verweigern konsequent den sozialpartnerschaftlichen Dialog, ja die Sozialpartnerschaft an sich. Es gibt weder eine Arbeitnehmervertretung noch eine Betriebskommission noch einen Dialog mit Gewerkschaften. Mit ihrem antisozialpartnerschaftlichen Verhalten beeinträchtigen solche Firmen den Ruf der ganzen Industrie sowie den Kanton als Wirtschaftsstandort. Nicht existenzdeckende Tieflöhne belasten zudem die Sozialhilfe und überbürden der öffentlichen Hand Kosten zur individuellen Existenzsicherung. Besonders stossend im Fall Eugster Frismag ist, dass der

Konzern angesichts hoher Umsätze im dreistelligen Millionenbereich und mutmasslichen hohen Gewinnen ohne weiteres in der Lage zu sein scheint, anständige Löhne von 4'000 Franken pro Monat zu zahlen.

Vor der Abstimmung über die Mindestlohninitiative vom 18. Mai 2014 priesen die Gegner die Sozialpartnerschaft als den bewährten schweizerischen Weg an. Solche Deklarationen müssen Taten folgen, und zwar nicht nur seitens der Wirtschaft. Auch der Kanton ist gefordert, obliegt ihm doch die verfassungsmässige Pflicht, die Sozialpartnerschaft zu fördern. Zudem hat er die Aufsicht über den Arbeitsmarkt und ist gehalten, Missbräuche in den Arbeitsbeziehungen zu bekämpfen.

Ich danke der Regierung für die Beantwortung der Fragen:

1. Wie beurteilt er die Lohnverhältnisse bei der Firma Eugster Frismag?
2. Sind dem Kanton weitere Firmen bekannt, die extreme Tieflöhne zahlen? Ist er bereit, mit einer Lohnumfrage Daten zu Tieflöhnen auf dem Gebiet des Kantons St.Gallen zu erheben?
3. Gemäss Art. 19 lit. b der St.Galler Kantonsverfassung setzt sich der Kanton dafür ein, dass die Sozialpartnerschaft gepflegt wird. Was hat der Kanton getan bzw. gedenkt er zu tun, um seine verfassungsmässige Aufgabe im Fall Eugster Frismag und anderen Lohndumping-Firmen zu erfüllen?
4. Gemäss Art. 19 lit. c der Verfassung hat sich der Kanton zum Ziel gesetzt, dass Erwerbsfähige ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu angemessenen Bedingungen bestreiten können. Wie gedenkt der Kanton, dieses Ziel im Fall Eugster Frismag und anderen Lohndumping-Firmen zu erreichen?
5. Ist der Regierungsrat bereit, bei Eugster Frismag zu intervenieren, öffentlich sein Missfallen über das Lohndumping zu bekunden und so ein Zeichen für anständige Löhne und eine funktionierende Sozialpartnerschaft zu setzen?

**09.07.2014** **Einfache Anfrage / Peter Hartmann, SP-Grüne-Fraktion**
**Über:** **Guido Berlinger-Bolt**

**SP Kanton Appenzell Innerrhoden**

# Für Freiheit und Sicherheit - Nein zum Schnüffelstaat

**Die SP Appenzell Innerrhoden (SP AI) hat am Parteitag der SP Schweiz vom 28. Juni eine Resolution gegen den Entwurf des Bundesgesetzes zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) eingereicht. Dieser Entwurf verletzt die Grundrechte und somit die Freiheit des Einzelnen. Dagegen wehrten sich die SP AI und auch eine Mehrheit der Delegierten am Parteitag in Winterthur.**

Sicherheit ist ein grosses Bedürfnis und der Staat steht der Bevölkerung gegenüber in der Pflicht, diese zu garantieren. Gleichzeitig muss der Staat aber auch die verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte schützen, da diese die Freiheit der Menschen sichern. Zwischen Verbrechensprävention und Grundrechtsschutz entsteht damit automatisch ein Spannungsfeld, in welchem sich die Politik bewegt.

**Umstrittene Verschärfungen**
Der Revisionsentwurf des BÜPF verlangt u.a. die Verlängerung der Frist der Datenspeicherung von aktuell sechs auf zwölf Monate. Zudem ist der Einsatz des Staatstrojaners – ein verstecktes Programm zur Überwachung des Mailverkehrs und der Internettelefonie – ein höchst problematischer Punkt dieser Revision. Die Wahrung des Persönlichkeitsschutzes ist dadurch gefährdet und die Grundrechte des einzelnen werden klar verletzt. Diese Gesetzesverschärfungen sind auch bei Fachleuten umstritten. Sie stehen unter der Prämisse, dass mehr Überwachung automatisch zu mehr Sicherheit führt. Dies ist ein Trugschluss.

Die SP AI hat mit ihrer offen formulierten Resolution grosse Vorbehalte bei dieser Gesetzesrevision angemeldet. Die folgenden Forderungen fanden am

Parteitag mit 135 zu 74 Stimmen eine Mehrheit: Die bestehenden Richtlinien für eine Vorratsspeicherung digitaler Daten im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung dürfen keinesfalls aufgeweicht werden. Staatstrojaner sind nicht zuzulassen, zumal die Überwachung dieser digitalen Spürhunde ein ungelöstes Problem darstellt.
Sollte die SP-Fraktion mit diesen Forderungen im Parlament scheitern, erwägt die Partei an einer Delegiertenversammlung die Unterstützung des Referendums gegen das BÜPF.

Die SP AI beobachtet dieses Überwachungsgesetz weiterhin kritisch.

**09.07.2014** **SP AI**

**Kontakt:** **Martin Pfister, Präsident SP AI** **079 713 74 84**
**Marc Hörler, Vizepräsident** **web@sp-ai.ch**

# Probleme bei Kritik weiterhin ungelöst

**Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Staatsanwaltschaft die öffentlich geäusserten Vorwürfe von Alt-Säckelmeister Sepp Moser für legitim hält und das Strafverfahren wegen Amtsgeheimnisverletzung eingestellt wurde. Die anonymen Vorwürfe zum Gymnasium St. Antonius zeigen, dass Probleme im Umgang mit Kritik und KritikerInnen in Innerrhoden weiterhin ungelöst sind.**

Der ehemalige Säckelmeister Sepp Moser erhob vor einem Jahr Vorwürfe gegen die Amtsführung der Innerrhoder Landammänner und sprach von Intransparenz und Günstlingswirtschaft. Er hatte sämtliche legalen Möglichkeiten ausgeschöpft, um auf Missstände im Innerrhoder Regierungssystem aufmerksam zu machen. Deshalb blieb ihm als einziges der Weg an die Medien, um auf diese Mängel hinzuweisen. Gemäss untersuchendem St. Galler Staatsanwaltschaft hatte Sepp Moser rechtmässig gehandelt.

Nach Abschluss dieses Verfahrens und in Anbetracht der aktuellen anonymen Vorwürfe zum Gymnasium St. Antonius betont die SP AI, dass der Umgang mit Kritik und KritikerInnen in unserem Kanton einer Demokratie nicht würdig ist. Wer nicht schweigen will, hat in den kleinräumigen und von Abhängigkeiten geprägten Verhältnissen in Innerrhoden kaum eine andere Wahl, als über die Medien oder auf anonymem Weg auf seine Anliegen aufmerksam zu machen. In diesem Zusammenhang wiederholt die SP AI die Wichtigkeit einer Ombudsstelle oder einer Anlaufstelle bei Whistleblowing.

Die SP AI zeigt Verständnis für das Vorgehen der KritikerInnen am Gymnasium. Sie ermuntert die AutorInnen dieses anonymen Briefes, ihre wichtigen Anliegen dem Erziehungsdirektor oder einer ihnen vertrauten Instanz offen zu legen und nicht zu schweigen. Die Anonymität schafft keine Verhandlungsbasis. Letztlich kann nur der Dialog zu einer Lösung beitragen.

**09.07.2014** **SP AI, Dani Wiedmer**

# Parteitag 2014 vom 23. August 2014

Bistro Appetito, Marktgasse 13, Appenzell
14 Uhr

**1 Begrüssung**
**2 Eröffnungsgeschäfte**
Wahl der Stimmenzählenden
Genehmigung der Traktandenliste

**3 Protokoll zum ordentlichen Parteitag vom 17. August 2013**
**4 Jahresrechnung 2013**
Abnahme der Rechnung und des Revisionsberichtes der Kontrollkommission
**5 Parteifinanzen**

Rechnung zur Ausstellung „Geschichte der Arbeiterbewegung in Appenzell“
Ausblick
Antrag des Finanzdelegierten und der Parteileitung:
Die Jahresbeiträge werden gleich belassen.
Anteil SP Schweiz: 55 Fr.
Anteil SP AI: Nicht Verdienende: 45 Fr.
Wenig Verdienende: 60 Fr.

Voll Verdienende: 100 Fr.
14:30
**6 Rede Martin Pfister, Parteipräsident SP AI**

**7 Gesamterneuerungswahlen**
**Parteileitung SP AI**
bisher: Martin Pfister, Präsident
Marc Hörler, Vizepräsident und Co-Parteisekretär
Dani Wiedmer, Vizepräsident und Co-Parteisekretär
Daniela Mittelholzer, Vizepräsidentin
Rücktritt: Simon Schmidt, Vizepräsident
neu: Ady Hospenthal
Jahres-Vizepräsidium: noch vakant

**Finanzdelegierter SP AI**
bisher: Ruedi Huber

**Kontrollkommission SP AI**
bisher: Mario D'Errico
Erwin Bolli

**Delegierte KoKo SP Schweiz**
bisher: Martin Pfister und Marc Hörler (von Amtes wegen)

**Delegierte Parteitag SP Schweiz**
bisher: Martin Pfister, Marc Hörler, (als KoKo-Delegierte)
Theres Inauen,
Rücktritt: Simon Schmidt
neu: Dani Wiedmer

**Delegierte DV SP Schweiz**
bisher: Martin Pfister, Marc Hörler (als KoKo-Delegierte)
Daniela Mittelholzer
Rücktritt: Simon Schmidt
neu Dani Wiedmer

15 Uhr

**8 Rede Stefan Hostettler, stv. Generalsekretär SP Schweiz**
**9 Initiative „Bezahlbarer Wohnraum für alle"**
Beschluss zur definitiven Fassung des Initiativtextes
Informationen zum weiteren Vorgehen, zur Kampagne und zum Initiativkomitee

16 Uhr
**10 Parolenfassung zu den Eidgenössischen Volksabstimmungen vom 28. September und 30. November 2014**
Abstimmungsvorlagen vom 28. November:
Volksinitiative „Schluss mit der Mehrwertsteuerdiskriminierung des Gastgewerbes
Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse"

Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2014:
Volksinitiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)"
Volksinitiative „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der Natürlichen Lebensgrundlagen (Ecopop-Initiative)
Volksinitiative „Rettet unser Schweizer Gold" (Gold-Initiative)

Festlegen der weiteren Kommunikation der Parolen und der Argumentarien

**12 Revision des Bundesgesetzes zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF**

Resolution der SP AI unter: http://www.sp-ai.ch/Kantone/AI/SP-Kanton-Appenzell-Innerrhoden/Positionen/National/ Bundesgesetz -betr.-Ueberwachung-des-Post-und-Fernmeldeverkehrs-BUePF

Informationen zum weiteren Vorgehen

16:30
**13 Rede Dario Schai, Zentralsekretär JUSO Schweiz**

**14 Resolutionen und Anträge**
**Resolutionen der Parteileitung zum Stimm- und Wahlrecht**

Die Parteileitung stellt zwei Resolutionen R1 und R2 zur Diskussion
*Weitere Resolutionen und Anträge sind bis spätestens 15. August 2014 schriftlich an info@sp-ai.ch oder SP AI, Schmalzgrüebli, Kaustrasse 197, 9050 Appenzell einzureichen.*
*Davon ausgenommen sind Anträge zum Initiativtext (Trakt. 9). Da wegen des verspäteten Versands des Initiativtextes die statuarisch vorgeschriebene mindestens dreiwöchige Antragsfrist bis zum 15. August nicht eingehalten werden kann, besteht die Gelegenheit, dazu Anträge bis am Freitag, 22. August schriftlich an obige Adressen oder mündlich an Martin Pfister (079 713 74 84) einzureichen.*

**15 Wahlen 2015**

Die SP AI nutzt das Jahr 2014 zur Öffentlichkeitsarbeit sowie zur Mitglieder- und SympathisantInnenwerbung.
Die SP AI trägt zur politischen Vielfalt in Appenzell Innerrhoden bei.

Anträge der Parteileitung:

1. Die SP AI tritt zu den Wahlen 2015 (kommunal, kantonal und eidgenössisch) so breit wie möglich an.
2. Die Parteileitung bereitet die Wahlkampagne 2015 vor und stellt sie an der Parteiversammlung vom 8. November 2014 zur Diskussion.

**16 Agenda 2014/2**
Informationen

**17 Buchpräsentation „Einig – aber nicht einheitlich“**
Yves Baer, Autor und Mitherausgeber des Jubiläumsbuches zu 125 Jahre SP Schweiz, stellt dieses umfassende Werk „Einig – aber nicht einheitlich“ vor. Es besteht die Möglichkeit, dieses sehr informative Buch am Parteitag für 68 Franken zu kaufen.

**18 Varia**

17.30 Uhr
**Schluss/Apéro**
**11.07.2014** **SP AI, Dani Wiedmer**

DL21 FORUM DEMOKRATISCHE LINKE
DIE LINKE IN DER SPD.

# Europäische Bürgerinitiative zu TTIP und CETA

Bereits seit mehreren Monaten beschäftigen wir uns als DL21 kritisch mit dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) und haben Euch eine Vielzahl von Informationen dazu zusammengestellt.

Am 15. Juli hat nun die Initiative „STOP TTIP“ bei der Europäischen Kommission den Antrag gestellt, ihre Europäische Bürgerinitiative (EBI) anzumelden. Ziel dieser EBI ist es, dass die Verhandlungen zu TTIP gestoppt werden und der bereits weitestgehend verhandelte Vertragstext des Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) nicht ratifiziert wird. Im nächsten Schritt muss die EU-Kommission bis Mitte September darüber entscheiden, ob die Initiative rechtlich zulässig ist. Ist dies der Fall, kann die Unterschriftensammlung beginnen. Mindestens eine Million BürgerInnen aus mindestens sieben EU-Staaten müssen das Anliegen unterstützen. Außerdem müssen länderspezifische Quoten erfüllt werden. Die Höhe der Quoten hängt von der Anzahl der Abgeordneten ab, die das jeweilige Land ins Europaparlament entsendet. In Deutschland etwa müssen die InitiatorInnen von „STOP TTIP“ 72.000 Unterschriften sammeln, in Frankreich 55.000. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, muss die EU-Kommission sich mit dem Anliegen befassen. Bindend ist der Ausgang der EBI für die Kommission zwar nicht. Allerdings hat es seit der Einführung der Bürgerinitiative 2012 bisher eine erfolgreiche Initiative gegeben. Den UnterstützerInnen von Right2Water gelang es, die Privatisierung von Wasser zu verhindern.

Die aktuelle EBI wird von 148 Organisationen aus 18 Mitgliedstaaten unterstützt.

Wir stehen im engen Kontakt mit den InitiatorInnen (wie attac, Campact oder BUND) der EBI und werden Euch über den Fortgang weiterhin auf dem Laufenden halten.

### Mitgliederversammlung

In unserem letzten Newsletter haben wir angekündigt, am 27. September 2014 eine Mitgliederversammlung in Berlin abhalten zu wollen. Da an diesem Tag allerdings mehrere Landesparteitage stattfinden und wir möchten, dass möglichst viele von Euch an dem Treffen teilnehmen können, hat der Vorstand beschlossen, die Mitgliederversammlung nun auf den 4. Oktober 2014 zu verlegen. Bitte merkt Euch diesen Termin schon einmal vor. Eine Einladung mit weiteren Informationen und einer Tagesordnung werden wir Euch rechtzeitig zukommen lassen.

Solidarische Grüße
Eure
**17.07.2014** **Hilde Mattheis, MdB**
**Vorsitzende DL21**

## Vorankündigung:

# Integration

Die Bundesrepublik Deutschland hat Jahrzehnte lang den Themenkomplex Einwanderung – Gastarbeiter – Flüchtlinge – Migration vor sich hergeschoben. Die gesellschaftliche Debatte zeigte eine in sich uneinige Gesellschaft, hin und her gerissen zwischen Verantwortungsbereitschaft gegenüber Migranten aller Art, Angst vor Fremden bis hin zu Fremdenfeindlichkeit, zwischen Rechtsradikalismus und Toleranz. Die politische Diskussion verlief in ähnlichen Bahnen: die Angst vor den Wählern verführte teilweise zur Prinzipienlosigkeit. Erkennbar wurde dies in Wahlkämpfen, in denen die einen mit Populismus Wählergruppen an sich ziehen wollten, knickten die anderen ein.

So dauerte es endlos, bis eingestanden wurde, dass wir ein Einwanderungsland geworden waren. Die gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen bereiten heute noch in Gesetzgebung aber auch in ganz alltäglichen Situationen enorme Schwierigkeiten.

Das Zauberwort **„Integration“** war natürlich bald gefunden. Es eignet sich prächtig zur Aufforderung, sich anzupassen, sich zu assimilieren. Genau so kann es auch als ein Prozess der gegenseitigen Entwicklung verstanden werden. Dabei denkt man allzu gerne an die gemeinsame Sprache („man redet deutsch“). Warum verstehen sich dann viele deutsch Sprechende trotzdem nicht?

Kurzum, der für das Zusammenleben in einer Gesellschaft, die so stark von Migration geprägt ist wie unsere, erfordert einfach, dass wir uns mehr und aktiver miteinander beschäftigen.

Ich habe Ende Juni an einer Veranstaltung zur Bilanzierung eines Projektes zur Erwachsenenbildung, gefördert durch die EU- teilgenommen. Beteiligt an diesem Projekt sind Alevitische Vereine aus Deutschland, der Türkei, aus der Schweiz und aus Frankreich. Partner ist auch die Stadt Ravensburg, die sich durch einen Referenten und durch Bereitstellung (in diesem Falle des Kleinen Sitzungssaales im Rathaus beteiligt. Ich plane, die Arbeit dieser Projektgruppen in Zukunft im Roten Seehas in einer Serie vorzustellen.

Zum Ende der Veranstaltung besichtigten wir das Alevitische Kulturzentrum in Weingarten. Im Gespräch erzählte mir ein alevitischer Teilnehmer, dass er seit 1968 im Raum Ravensburg lebt (ab hier als Gespräch) „Ich habe mal in Ravensburg, mal in Weingarten gewohnt“ (Ravensburger und Weingartener lieben sich nicht besonders). „Jetzt wohne ich in Weissenau“ (in Weissenau ist das ZfP – früher Psychiatrisches Landeskrankenhaus). Ich: „Na ja, wenn man so zwischen Weingarten und Ravensburg hin- und her gerissen wird, kommt man halt in die Weissenau“. Antwort: „aber wir sind gastfreundlich, wir nehmen jeden!“ – Wenn das kein Zeichen für gelungene Integration ist!
**23.07.2014** **Karl-Heinz König**

# SPD-Handbuch Öffentlichkeitsarbeit in neuer Auflage

**Gerade eben, im Juli 2014, hat das Willy-Brandt-Haus in Berlin eine neue, erweiterte Auflage des „Handbuches Öffentlichkeitsarbeit“ herausgegeben und den frühen Bestellern wie dem Roten Seehas zugesandt. Auf den 130 Seiten erfährt jede und jeder, die/der mit der Medienarbeit von einer SPD-Untergliederung aus zu tun hat, alles, was, bei der Presse - und Öffentlichkeitsarbeit wichtig ist.**
**Bemerkenswert ist darin hauptsächlich der Teil 3, der sich der Gestaltung eines ansehnlichen Ortsvereins-Internetauftrittes oder einem E-Mail-Newsletter oder- ganz wichtig- den Aktivitäten in den sozialen Netzwerken widmet. Im Teil 8 geht es um den Bereich Spendenwerbung und Sponsoring, was heutzutage auch nicht verkehrt ist.**
**Überarbeitet worden ist auch der klassische Bereich der Öffentlichkeitsarbeit: vom ansprechenden SPD-Briefbogen über die Parteizeitung bis hin zur Pressemappe im Zusammenhang mit einer örtlichen SPD-Veranstaltung. Auch etliche rechtlichen Hinweise bei der Pressearbeit (Stichwort: Copyright bei Fotos!) präsentiert das Handbuch „Öffentlichkeitsarbeit“ des SPD-Parteivorstandes. Im Anhang finden sich 7 übersichtliche Checklisten:**

**Checkliste Pressemitteilung**
**Checkliste Pressekonferenz**
**Checkliste Partei und Ort**
**Checkliste Verantwortlichkeiten für Veranstaltungen**
**Checkliste Veranstaltungen organisieren**
**Checkliste Bürgerbüro**
**Checkliste Zielgruppenbezogene Aktionen**

**Man kann dieses Handbuch bestellen mit der Bestell-Nr.3300 435 beim SPD-Parteivorstand im Willy-Brandt-Haus. Es kostet inclusive Versandkosten 8,03 Euro.**

**W.Bernhard**

**Peinlicher Auftritt der CDU im Landtag – Martin Gerster und Martin Rivoir**:

# CDU diffamiert den Wirtschaftsstandort Oberschwaben

Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** und sein Ulmer Landtagskollege **Martin Rivoir** (SPD) haben die baden-württembergische CDU scharf dafür kritisiert, dass sie die Diskussion um die Spende der Firma Diehl zur so genannten „Stallwächterparty“ unnötig anheize.

„Wir bedanken uns ausdrücklich bei der Fa. Diehl für die Spende zur Stallwächterparty und sind froh, dass sich diese Firma in Berlin als Botschafterin des Landes Baden-Württemberg präsentiert hat“, so Rivoir. Auch Gerster findet die Äußerungen der CDU unerträglich: „Mit dieser Debatte wird eine Firma, die in unserer Region viele hochwertige Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, in nicht hinnehmbarer Weise diffamiert“.

Gerster und Rivoir erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass es nach dem Abschied von Airbus vom Standort Laupheim vor einigen Jahren das Unternehmen Diehl war, das in Laupheim mit einem starken Bekenntnis zu Oberschwaben über 1.000 Arbeitsplätze in der Luftfahrtbranche gesichert hat.

Das Unternehmen hatte die von der baden-württembergischen Landesregierung ausgerichtete Veranstaltung mit 5.000 Euro gesponsert

**Berlin, 23.07.2014** **Alexander Geisler, M.A., Büro Martin Gerster, MdB**

# Impressum


**Herausgeber:**

**SBI, Sozialistische Bodensee-Internationale** **Präsident: Hans-Peter Storz, MdL** **E-Mail: info@hans-peter-storz.de**

**Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts: Karl-Heinz König, Dornerweg 45, D 88709 Meersburg**
**Tel.: 07532/313048** **E-Mail: roterseehas@kabelbw.de und**
**Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren** **Tel.: 07542/20349** **E-Mail: willibernhard@gmx.de**

**Weitere Autoren in dieser Ausgabe:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| **Büro Peter Simon, MdEP:** | peter.simon@europarl.europa.eu | | |
| **Evelyne Gebhardt, MdEP:** | EGebhardt.MdEP@t-online.de | **Europa Aktuell** | |
| **SPD Presseservice:** | pressestelle@spd.de | **Pressesprecher LVT BWL Berlin** | nils.barg@lvtberlin.bwl.de |
| **Presse LV BW:** | Landesvertr.Presse@lvtberlin.bwl.de | | |
| **Wolfgang Schreier:** | wmschreier@bluewin.ch | | |
| **Oswald Burger:** | oswald.burger@gmx.de | | |
| **Martin Gerster, MdB:** | martin.gerster@wk.bundestag.de | **Franz Lemli:** | franz.lemli@t-online.de |
| **Wolfgang Heinzel, Büroleiter** | Wolf99maci@aol.com | **Alex Geisler:** | Alex.Geisler@gmx.de |
| **Margit Renner:** | info@kjr-biberach.de | **Andreas Heinzel:** | andreas.heinzel@kjr-biberach.de |
| **Dieter Stauber:** | dieter.stauber@online.de | | |
| **Hilde Mattheis, MdB:** | info@forum-dl21.de | | |
| **Anja Möbus,** | | | |
| **Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:** | hilde.mattheis.ma02@bundestag.de | **Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:** | hilde.mattheis@wk.bundestag.de |
| **Dagmar Neubert-Wirtz:** | hilde.mattheis@wk.bundestag.de | | |
| **Vorarlbergs soziale Kraft:** | laendle@spoe.at www.spoe.at | **Fritsch Annette:** | Annette.Fritsch@spoe.at |
| **Monika Simmler:** | monikasimmler@gmail.com | **Guido Berlinger-Bolt, Pol. Sekretär:** | berlinger-bolt@sp-sg.ch |
| **Karin Keller-Sutter:** | karin.keller-sutter@parl.ch | **Paul Rechsteiner:** | rechsteiner@anwaelte44.ch |
| **Daniel Hungerbühler, SP St. Gallen:** | Hungerbuehler@sp-sg.ch | **Peter Hartmann:** | hartmann.forrer@bluewin.ch |
| **Dani Wiedmer:** | info@sp-ai.ch | **Marc Hörler:** | info@sp-ai.ch |
| **Martin Pfister:** | m-pfi@bluewin.ch | | |

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Meinungsbeiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

**Hase im Titelblatt: Hans-Peter Sieger**

**E-Mail-Abonnement (ab)bestellen:** (Karl-Heinz König) roterseehas@kabelbw.de